

Beschluss (vorläufig) Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 17.11.2019
Tagesordnungspunkt: WKf Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 „Wenn wir jetzt versagen, werden unsere Kinder uns nicht verzeihen.“[\[1\]](#)
- 2 Mit diesen Worten verpflichtete sich die Weltgemeinschaft 2015 in Paris, die Erhitzung
- 3 des Planeten bis zum Ende des Jahrhunderts auf „deutlich unter zwei Grad, möglichst 1,5
- 4 Grad“ zu halten und ab der zweiten Hälfte des Jahrhunderts nur noch so viel Treibhausgase
- 5 auszustoßen, wie das natürliche Ökosystem aufnehmen kann. Die Industriestaaten
- 6 sind verpflichtet, voranzuschreiten und schneller klimaneutral zu werden.
- 7 Doch das Gegenteil ist passiert. Zu Recht demonstrieren weltweit Millionen Menschen
- 8 auf der Straße für den Schutz der Erde. Denn der Ausstoß von Treibhausgasen[\[2\]](#) ist weltweit
- 9 ungebrochen. Mehr als 36 Milliarden Tonnen CO₂ emittiert unsere noch immer auf
- 10 fossilen Energien wie Kohle, Öl und Gas basierende Weltwirtschaft jedes Jahr. Deutschland liegt
- 11 dabei im Vergleich der am meisten CO₂-produzierenden Länder an sechster Stelle. Allein auf
- 12 Deutschland entfallen rund 800 Millionen Tonnen CO₂. Wir haben auch heute noch
- 13 einen doppelt so hohen CO₂-Fußabdruck wie der weltweite Durchschnitt.
- 14 Seit Beginn der Industrialisierung ist Deutschland für fast fünf Prozent der
- 15 Treibhausgasemissionen verantwortlich, bei einem heutigen Anteil an der
- 16 Weltbevölkerung von lediglich 1,1 Prozent. Diese Emissionen heizen die Atmosphäre immer weiter auf und
- 17 vermüllen unsere Erde. Die Klimakrise spitzt sich dramatisch zu. Die vergangenen vier Jahre
- 18 waren weltweit die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Bereits jetzt ist die
- 19 globale Durchschnittstemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Niveau um etwa ein
- 20 Grad[\[3\]](#) angestiegen. Die Eisschilde schmelzen immer schneller und der Anstieg des
- 21 Meeresspiegels verdoppelt sich. Werden die für das Weltklimasystem sensiblen Kippunkte erreicht,
- 22 steuert die Erde auf eine Erhitzung von vier und mehr Grad zu.
- 23 Der Sonderbericht des Weltklimarats 2018 hat verdeutlicht, dass bei zwei Grad
- globaler

24 Erwärmung - im Vergleich zu 1,5 Grad - Kippunkte im Klimasystem überschritten
25 werden
26 können, über 99% aller Korallenriffe absterben und hunderte Millionen Menschen unter
27 schweren Klimafolgen zu leiden haben werden. Zerstörte Infrastrukturen, Nahrungs-
28 und Wassermangel, politische und soziale Instabilität, Ressourcenkonflikte, Flucht,
29 Vertreibung
30 und Krankheiten sind die Folgen.
31 Am stärksten von der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen betroffen sind die
32 Ärmsten
33 der Armen, die sie am wenigsten verursacht haben, sich am wenigsten dagegen
34 schützen und
35 aufbegehren können. Im Globalen Süden sind viele Menschen aufgrund von Dürren
36 oder
37 Meeresspiegelanstiegen bereits jetzt gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Dies zeigt
38 die
39 historische Verantwortung Deutschlands und der Industrienationen gegenüber dem
40 Rest der
41 Welt, der wir uns jetzt konsequent stellen müssen. **Die Klimakrise ist auch eine
42 soziale
43 Krise - sie spitzt Verteilungskonflikte und Machtverhältnisse zu und
44 verstärkt damit
45 insbesondere im Globalen Süden, aber auch innerhalb von Europa
46 bestehende Ungerechtigkeiten.**
47 Auch in Deutschland ist die Klimakrise angekommen. Am stärksten betroffen sind
48 Kinder,
49 kranke und alte Menschen sowie ärmere Menschen. Erhöhte Sterblichkeit und
50 Erkrankungshäufigkeit in extremen Hitzeperioden sind eine brisante Entwicklung. Auch
unsere
Felder und Wälder leiden. Mehr als 180.000 Hektar Waldfläche, das entspricht 250.000
Fußballfeldern, sind bereits durch die Klimaveränderung zerstört. Doch statt vier Jahre
nach
dem Pariser Abkommen endlich zu reagieren, verabschiedete die Bundesregierung nun
ein
Klimapaket, welches das 1,5-Grad-Limit endgültig beerdigt und selbst für einen 2-
Grad-Pfad
viel zu wenig ist. Damit wird Deutschland seiner internationalen Klimaverantwortung
nicht
gerecht. Denn gemäß dem Sachverständigenrat für Umweltfragen^[4] ergibt sich aus
dem jüngsten
Sonderbericht des UN-Weltklimarats IPCC für uns bei gleichmäßiger Aufteilung auf die
Weltbevölkerung ein verbleibendes nationales Kohlenstoffbudget von 6.600 Millionen
Tonnen
CO₂ ab 2020^[5]. Bei fortdauernden Emissionen auf heutigem Niveau wäre das Budget
in weniger
als neun Jahren verbraucht, bei einer linearen Reduktion rund um 2035. Ein längerer
Zeitverlauf zur Treibhausgasneutralität bis 2050, wie auf europäischer Ebene

angestrebt,
51 erfordert überproportionale Reduktionserfolge in den nächsten Jahren.
52 Daran wird deutlich: Die Uhr tickt und wir müssen schnell und zügig umsteuern. Je
rascher
53 wir die Emissionen senken, desto länger reicht unser CO₂-Budget, um den Übergang in
die
54 klimaneutrale Gesellschaft gemeinsam gestalten zu können. Jedes weitere Jahr
hingegen, in
55 dem nichts getan wird, verschärft die Krise, da sich CO₂ in der Luft ansammelt und der
56 Erhitzung der Atmosphäre weiter Vorschub leistet. Wir brauchen eine Radikalität, die
sich in
57 entschlossenem Handeln ausdrückt. Entsprechend der verschärften Dringlichkeit
streben wir die
58 Umsetzung rasch und effektiv wirkender Klimaschutzmaßnahmen und das Erreichen
der
59 Klimaneutralität Deutschlands so früh wie möglich an, um im Hier und Jetzt das
möglich zu
60 machen, was notwendig ist, um langfristige Ziele zu erreichen.
61 Jetzt wird über den EU-Haushalt für die kommenden Jahre entschieden. Jetzt wird
entschieden,
62 ob wir die europäische Landwirtschaftspolitik neu justieren. Es geht jetzt darum, den
Ausbau
63 des Schienenverkehrs voranzubringen. Jetzt müssen wir entscheiden, dass öffentliche
Mittel
64 für den Ausbau der Erneuerbare-Energien-Infrastruktur und nicht für Öl- und
Gaspipelines
65 ausgegeben werden. Es gilt jetzt zu entscheiden, wie wir aus Handelsabkommen mit
66 gravierenden Auswirkungen auf das Klima rauskommen. Die EU muss als eine
Hauptverursacherin
67 der Klimakrise ambitioniert vorangehen – jetzt! Europa hat die historische
Verantwortung
68 vorzumachen, wie das Wirtschaften in planetaren Grenzen demokratisch erreicht
werden kann.
69 Der Aufbruch ins klimaneutrale Zeitalter lohnt sich
70 Wir sehen nie dagewesene Chancen für eine neue Lebensqualität und nachhaltigen
Wohlstand.
71 Die Herausforderungen sind jedoch ohne Zweifel enorm. Klimaschutz macht unsere
Städte
72 grüner, leiser, sauberer und sicherer. Er hilft, die Artenvielfalt zu bewahren. Er macht
uns
73 unabhängig von russischem Gas, von Fracking und vom Öl. Klimaschutz eröffnet
unseren
74 Unternehmen neue Geschäftsfelder. Er schafft neue Arbeitsplätze und sichert
bestehende.
75 Ja, Klimaschutz kostet viel Geld. Aber es ist volkswirtschaftlich völlig klar, dass uns
kein
76 Klimaschutz deutlich mehr kosten wird: Der Stern-Report machte bereits 2006

deutlich, dass
77 die jährlichen Kosten für Maßnahmen zur Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration
bei
78 etwa einem Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Die jährlichen Kosten
einer
79 ungebremsten Klimaerhitzung hingegen werden dem Verlust von mindestens fünf
Prozent des
80 globalen Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Wenn man eine breitere Palette von
Risiken und
81 Einflüssen berücksichtigt, könnten die Schäden sogar auf 20 Prozent oder mehr
ansteigen.

82 Zudem wird Klimaschutz enorme neue Werte schaffen: Wirtschaftsstudien sehen ein
83 Geschäftspotenzial von etwa elf Billionen Euro durch neue, digital-basierte
klimafreundliche
84 Geschäftsmodelle im Jahr 2030. Die sozial-ökologischen Innovationen in allen Sektoren
können
85 Europa zu deutlich mehr Wohlstand verhelfen, Schäden für Mensch und Umwelt
verhindern und
86 eine intakten Planeten bewahren. Dafür müssen wir Wohlstand materiell und
sozialökologisch
87 neu definieren. Die finanzielle Belastung durch die radikale Transformation, die in den
88 nächsten fünf Jahren auf die Spur gebracht werden muss, werden wir sozial gerecht
89 ausgestalten.

90 Wir müssen im Hier und Heute eine erhebliche Transformation einleiten. Und wir
werden das
91 nur gemeinsam als Gesellschaft schaffen. Die dafür notwendigen tiefgreifenden
Änderungen
92 werden nicht für alle einfach. Arbeitsplätze werden wegfallen, neue werden entstehen.

93 Menschen werden neu lernen und sich verändern müssen, das ist nichts Neues.
Deshalb ist eine
94 aktive politische Gestaltung dieser Veränderung ebenso wichtig wie ihre kluge soziale
95 Absicherung und ihre kulturelle und gesellschaftliche Balance. Klimaschutz erfordert
eine
96 aktive Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik, eine sozial faire Rückerstattung der
CO₂-
97 Bepreisung, eine kluge Regional- und Strukturpolitik. Und schließlich gilt: Die
notwendigen
98 Veränderungen werden nur demokratisch gelingen, also wenn wir es schaffen,
gemeinsam die
99 notwendigen Veränderungen und Handlungskonsequenzen anzugehen, neue Wege
auszuhandeln und so
100 die Menschen mit auf den Weg nehmen.

101 Am 20. September 2019 haben wir zwei Parallelwelten erlebt: Auf der einen Seite
standen
102 weltweit mehrere Millionen Menschen, die für Klimaschutz auf die Straße gegangen
sind. Wir
103 bringen uns in diese Klimagerechtigkeitsbewegung ein, die mit vielen
unterschiedlichen

104 friedlichen Aktionsarten auf die drängenden Probleme hinweist, und begleiten auch
Aktionen
105 zivilen Ungehorsams. Auf der anderen Seite sahen wir eine völlig ermüdete Koalition,
die
106 nicht in der Lage war, mehr als Trippelschritte zu liefern.

107 Die Lücke zwischen wissenschaftlich Notwendigem und gesellschaftlich Möglichen auf
der einen
108 und der politischen Realität auf der anderen Seite klafft immer weiter auseinander. In
109 dieser Situation liegt es gerade auch an uns, das Vertrauen einer ganzen Generation in
die
110 Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit der Politik zu erhalten. Demokratie zeigt gerade
dort
111 ihre Stärke, wo es uns gelingt, radikale Umbrüche im Sinne der universellen Freiheit
und
112 Gleichheit zu gestalten und die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu verändern, dass
wir
113 eine klimaneutrale Gesellschaft erreichen.

114 Für uns bedeutet das: Jetzt erst recht! Die Gesellschaft ist viel weiter als die deutsche
115 Bundesregierung. Wir starten einen neuen Anlauf in der Klimapolitik: Wir machen ein
116 politisches Angebot an all jene, die vorangehen wollen, von Fridays for Future über
117 Gewerkschaften, progressive Unternehmer*innen bis hin zu Klimakommunen,
Kulturschaffenden
118 und allen, die sich noch anschließen wollen. Ihre Anliegen wollen wir im Dialog
119 weiterentwickeln und in die Parlamente tragen. Gemeinsam, im Bündnis und
Solidarität mit
120 ihnen wollen wir die Wende in der Klimapolitik schaffen und die Chancen des
Klimaschutzes
121 für mehr Gerechtigkeit und Zusammenhalt nutzen.

122 Ziel dieses Antrags und unserer Politik ist es, einen radikal realistischen und
123 sektorenübergreifenden Maßnahmenplan vorzulegen. Die entscheidende Messlatte ist
dabei für
124 uns das nationale Klimabudget, also die Menge an Emissionen, die noch ausgestoßen
werden
125 dürfen, um den deutschen Anteil am Pariser Abkommen einzuhalten; wissentlich, dass
auch
126 Budgets nur modellhaft gerechnet sind und dass weder technologische noch
gesellschaftliche
127 Entwicklungen linear verlaufen. Durch soziale und technologische Innovationen, die
wir heute
128 noch gar nicht kennen können, werden unsere momentanen Annahmen
selbstverständlich in den
129 kommenden Jahren angepasst werden müssen. Aber wir widersprechen allen, die
daraus ableiten,
130 eigentlich müssen wir doch in der Gegenwart gar nichts tun, denn irgendwann kommt
die
131 Wandertechnik, die alle unsere Probleme löst. Es ist genau umgekehrt: Positive
Innovationen
132 und Eigeninitiative als Katalysatoren der Veränderung müssen durch Abschied vom
Alten
133 überhaupt erst ermöglicht sowie gefördert und angereizt werden. Wir müssen jetzt

schnell

134 loslaufen, damit wir eine Chance haben, auf dem Weg zu lernen.

135 Die Grundlage unseres Handelns sind das Pariser Klimaabkommen und der aktuelle Stand der

136 Klimawissenschaft. Wir werden auf dem weiteren Weg um jedes Zehntel Grad weniger

137 Erderhitzung kämpfen, um das 1,5-Grad-Ziel überhaupt noch erreichen zu können.

Daran

138 orientieren wir unsere Politik. Es ist unsere Verantwortung, dass Deutschland seinen Teil

139 tut, damit die erforderliche Transformation in Schwung kommt. Wir müssen deshalb sowohl bei

140 uns entschiedenen Klimaschutz umsetzen als auch andere Länder beim Klimaschutz unterstützen.

141 Klar ist: Die Menschen müssen diesen Weg zur Klimaneutralität unterstützen, sonst wird es

142 unmöglich sein, die vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen. Wir erkennen dabei den

143 Klimanotstand an. Damit ist explizit keine juristische Grundlage für Notstandsmaßnahmen

144 gemeint, sondern ein politisches Zeichen verknüpft mit klimapolitischen Maßnahmen.

145 **1. Ein Klimaschutzgesetz für einen verbindlichen planungs- und ordnungsrechtlichen Rahmen**

146 Nur mit klar festgelegten Zielen und Zwischenzielen, verknüpft mit einem verbindlichen

147 Monitoring der Maßnahmen und Ergebnisse sowie verankerten Korrekturmechanismen bei

148 Zielverfehlung können wir wieder auf den erforderlichen Zielpfad von Paris beim Klimaschutz

149 kommen. Durch ein Klimaschutzgesetz müssen endlich Verbindlichkeiten innerhalb der

150 jeweiligen Sektoren und der zuständigen Ressorts festgeschrieben werden. Denn die

151 Verantwortung für das Erreichen der Klimaschutzziele kann nicht länger allein beim

152 Bundesumweltministerium liegen, sondern muss als Querschnitt der Regierung auch die

153 Ministerien, die zuständig sind für Verkehr, Landwirtschaft, Bauen und Wirtschaft in die

154 Pflicht nehmen. Was wir brauchen ist eine Klimaregierung.

155 Dazu gehört auch, dass wir Klimaschutz ins Grundgesetz schreiben. Wir möchten:

156 • die international vereinbarten Klimaschutzziele in die Verfassung aufnehmen,

157 • eine „CO₂-Bremse“, die Transparenz und einklagbare Korrekturen klimaschädlicher

158 Politikvorhaben schafft, verbindlich in der Verfassung verankern. Jedes neue Gesetz

159 muss auf seine „Klimawirksamkeit“ überprüft werden („climate mainstreaming“). Bei

160 Bedarf muss ein Klimavorbehalt dafür sorgen, dass klimafreundliche Alternativen oder

161 Ausgleichsmaßnahmen erarbeitet werden. So bekommt Klimaschutz endlich
162 Priorität und
muss von allen stets mitgedacht werden.

163 Zudem wollen wir ein Klimaschutzgesetz, das den Rahmen für alle
Klimaschutzmaßnahmen bildet
164 und das sich bei allen Maßgaben auf ein verbleibendes Restbudget für CO₂ stützt, dem
gemäß
165 wir die Ziele des Pariser Abkommens erreichen können. Wir wollen:

- 166 • klare Maßnahmen für alle Sektoren,
- 167 • klar festgelegte Ziele, Zwischenziele und CO₂-Minderungspfade für alle Sektoren
mit
168 dem verbindlichen Ziel, das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen,
- 169 • dichte Kontrollen, ob die Maßnahmen wirken sowie empfindliche Sanktionen,
- 170 • gesetzliche Festlegung einer klimaneutralen öffentlichen Verwaltung.

171 Klare ordnungsrechtliche Maßnahmen müssen in einem Klimaschutzgesetz die
zentrale Rolle
172 spielen. Alle großen umweltpolitischen Errungenschaften wurden über das
Ordnungsrecht
173 erreicht. Zudem wäre es fatal, allein auf Preissignale zu setzen. Denn wollte man die
174 Klimaziele allein über die Bepreisung von CO₂ erreichen, müsste dieser so hoch sein,
dass er
175 unweigerlich zu erheblichen negativen sozialen Auswirkungen führen würde. Einige
könnten
176 sich rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Damit Klimaschutz eben nicht zu Lasten
der
177 Menschen mit geringeren Einkommen geht, brauchen wir einen klugen Mix aus CO₂-
Preis,
178 Anreizen und Förderung sowie dem Ordnungsrecht. So kann man die jeweiligen
Vorteile der
179 Instrumente nutzen und gleichzeitig Nachteile minimieren. Gut gemacht, wird der
ordnende
180 Rahmen zum notwendigen Innovationstreiber.

181 Klar gibt es gegen Ordnungsrecht, also auch Verbote, immer Vorbehalte. Aber Regeln
zu
182 setzen, also zu sagen, was geht und was nicht, ist Sinn von Politik und zugleich der
beste
183 Innovationsmotor. Heute stört sich niemand mehr daran, dass Blei im Benzin verboten
ist,
184 Asbest nicht mehr eingebaut werden darf und Weichmacher in Kinderspielzeug
verboten sind.

185 Das gleiche gilt ganz besonders für den Bereich der Chemikalien. Nach Verboten
entwickelt
186 die Branche meist innerhalb kürzester Zeit ungefährlichere Alternativen oder bereits
187 vorhandene Alternativen bekommen ihre Chance auf dem Markt. Deshalb machen wir
Klimaschutz

188 mit definierten Zwischenzielen in einem nationalen Klimaschutzgesetz planbar und
rechtlich
189 verbindlich.

190 **2. Planungen beschleunigen**

191 Die Energie- und Verkehrswende braucht zügige, bürger*innennahe und effiziente
192 Planungsprozesse. Zentrale Herausforderung dafür ist die Aufstockung und
Qualifizierung von
193 Personal in den Planungs- und Genehmigungsbehörden. Seit 1990 wurde in den
Kommunen knapp
194 die Hälfte des Bau- und Planungspersonals abgebaut. Daher ist es dringend
erforderlich, hier
195 wieder Personal einzustellen. Wir werden den Kommunen und genehmigenden
Behörden das Planen
196 und Steuern erleichtern. Durch planbare, verlässliche Investitionshilfen, finanzielle
197 Entlastung der Kommunen sowie leichtere Planungsinstrumente für Klimaschutz.

198 Zu einem wirkungsvollen ordnungsrechtlichen Rahmen gehört es auch, den
Kommunen und
199 Genehmigungsbehörden das Planen und Steuern von Klimaschutzmaßnahmen zu
erleichtern. Ebenso
200 bedarf es einer Modernisierung des Planungsrechts. Denn die Zeit läuft uns davon und
wir
201 brauchen rasch Baugenehmigungen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen,
202 Übertragungsleitungen wie auch Schienenverbindungen. Planungs- und
Genehmigungsverfahren
203 können deutlich vereinfacht und beschleunigt werden, wenn man im Verkehrswegebau
bei
204 Ersatzneubauten ohne Ausbau bzw. Erweiterung die Maßstäbe für Sanierungen statt
für
205 Neubauten heranzieht.

206 Die Planungs-, Bau- und Realisierungszeiten sind zu lang und wir wollen sie für alle
CO₂-
207 mindernde Infrastruktur halbieren, indem

- 208 • wir eine Priorisierung der zu bauenden Infrastrukturprojekte vornehmen, auch,
um sich
209 bei geringen Planungskapazitäten nicht zu verzetteln,
- 210 • frühzeitig Bürger*innen und Nichtregierungsorganisationen beteiligt werden und
so die
211 Entwicklung von Optionen und Varianten sowie das frühe Ausräumen von
Konflikten
212 ermöglicht wird; hierbei sollen auch weitere Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung
213 erprobt und gegebenenfalls eingeführt werden,
- 214 • wir für Verkehrsprojekte eine bessere Verzahnung von Raumordnungs- und
215 Planfeststellungsverfahren gewährleisten, etwa indem die
Untersuchungsergebnisse des
216 Raumordnungsverfahrens für das Planfeststellungsverfahren genutzt werden
können; sich

- 217 wiederholende Verfahrensschritte in beiden Verfahren könnten zusammengeführt
werden,
- 218 • die Regelungen des Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und
Genehmigungsverfahren
219 für ÖPNV bei der anstehenden Novelle des Personenbeförderungsgesetzes
übernommen
220 werden,
- 221 • Arten- und Naturschutz von vornherein in die Planungen einbezogen werden, um
Verfahren
222 schneller und rechtssicherer zu machen. Für den erforderlichen Ausgleich bei
223 Eingriffen in die Natur müssen Kompensationsmaßnahmen verstärkt und
vereinfacht
224 werden. Abwägungen zum Artenschutz müssen auf wissenschaftlicher Grundlage
erfolgen.
225 Dabei muss der Schutz der Gesamtpopulation das zentrale Beurteilungskriterium
sein.
- 226 • wir die behördlichen Abstimmungsprozesse effizienter gestalten. Beim
Artenschutz etwa
227 gibt es ein großes Potenzial für den Wissensaustausch zwischen Behörden und
für
228 vorgezogene Großmaßnahmen über ein Ökokonto und andere
Anrechnungsvereinfachungen,
- 229 • wir die Digitalisierung in den Planungs- und Genehmigungsbehörden konsequent
230 voranbringen,
- 231 • eine verbindliche Frist bis zur Eröffnung von Gerichtsverfahren bei gleichzeitiger
232 personeller Stärkung der Gerichte eingeführt wird.

233 **3. Ökonomische Anreize richtig setzen**

- 234 Ergänzend zum planungs- und ordnungsrechtlichen Rahmen wollen wir die
notwendigen
235 ökonomischen Anreize setzen, damit der Klimaschutz vorankommt.
- 236 Dafür setzen wir auf eine CO₂-Preiskomponente auf alle fossilen Brennstoffe über den
237 bestehenden europäischen Emissionshandel (ETS) hinaus. Dem Preis kommt in einer
238 Marktwirtschaft eine zentrale Steuerungswirkung zu. Wir brauchen eine ökologisch
wirksame,
239 sozial gerechte und ökonomisch vernünftige CO₂-Bepreisung. Das ist eine wesentliche
240 Voraussetzung dafür, dass erneuerbare Energien, Energieeffizienz und innovative
241 Klimaschutztechnologien sich durchsetzen. Das Umweltbundesamt schätzt die Kosten
der
242 Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO₂ entstehen, auf 180 Euro – in Preisen
von 2016
243 gerechnet. Doch die Preiskomponente ist nur ein Hebel für Klimawirksamkeit neben
den
244 ordnungsrechtlichen Maßnahmen wie dem Kohleausstieg.

- 245 Wir brauchen also einen Preis, der lenkt, Innovationen schafft und zugleich nicht sozial
246 verzerrt oder schnellere und wirkungsvollere ordnungsrechtliche Maßnahmen
247 der Schweiz liegt der nationale Preis pro Tonne CO₂ bei rund 90 Euro für fossile
248 Brennstoffe
249 wie Heizöl, Erdgas oder Kohle. Globaler Spitzenreiter ist derzeit Schweden mit rund
250 110 Euro pro Tonne CO₂ für alle fossilen Brennstoffe. Als Sofortmaßnahmen werden wir uns für
251 Folgendes einsetzen:
- 251 • Die Energiesteuern beginnend im Bereich Verkehr und Wärme wollen wir mit
252 einer CO₂-Komponente reformieren. Dabei wird parallel ein sozialer Ausgleich eingeführt;
253 alle Einnahmen aus dem CO₂-Preis fließen nach Absenkung der Stromsteuer als
254 Energiegeld an jede*n Einwohner*in zurück. Der Einstiegspreis in diesen Sektoren soll bei 40
255 Euro pro Tonne liegen und ab 2020 auf 60 Euro pro Tonne erhöht werden. Danach muss er
256 jedes Jahr planbar analog ansteigen, auch das Energiegeld erhöht sich entsprechend.
257 Zugleich schlagen wir für Deutschland ein unabhängiges Gremium vor, das bis zu einer
258 Einigung auf europäischer Ebene die Preissteigerung und die sozialen Auswirkungen
259 kontrolliert und den Preis wenn notwendig anpasst, um ein optimales Zusammenwirken mit
260 den begleitenden ordnungsrechtlichen Maßnahmen zum Klimaschutz herzustellen.
261 Damit soll die erforderliche Lenkungswirkung zum Einhalten des Paris-kompatiblen CO₂-
262 Budgets erreicht werden.
 - 263 • Auf europäischer Ebene muss die Bundesregierung bei der Neufassung der
264 Energiesteuerdirektive für eine ambitionierte CO₂-Mindestbepreisung eintreten.
265 Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein CO₂-Preis im Non-ETS-Bereich europaweit
266 eingeführt wird.
 - 267 • Im europäischen Emissionshandel, der vor allem Industrieanlagen und Kraftwerke
268 abdeckt, sollte Deutschland, idealerweise in Abstimmung mit anderen
269 europäischen Ländern wie Frankreich und die Niederlande, einen gemeinsamen Mindestpreis in
270 Höhe von 40 Euro festlegen. Zeigt sich, dass der Mindestpreis keine Wirkung erzielt, muss

hier
nachgesteuert werden.

- Zu den Sektoren, die bislang nicht durch den europäischen Emissionshandel erfasst werden, gehört auch die Landwirtschaft. Wir führen die Bepreisung von Klimagasen daher auch für landwirtschaftliche Produkte ein, angefangen mit tierischen Lebensmitteln.
- Wir wollen die Wirksamkeit der Marktstabilitätsreserve im europäischen Emissionshandelssystem erhöhen, damit die immer noch vorhandenen überschüssigen Emissionszertifikate stärker reduziert und schneller vom Markt genommen werden.
- Im Zuge der Stilllegung von Kraftwerksblöcken werden wir entsprechend den vom Netz gehenden CO₂-Emissionen Emissionszertifikate vom Markt nehmen, indem wir dafür das nationale Versteigerungsbudget entsprechend kürzen. Damit wird vermieden, dass hier eingesparte Emissionen an anderer Stelle in Europa emittiert werden können.

4. Umweltschädliche Subventionen abbauen

Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche finanzielle Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir umwelt- und klimaschädliche Subventionen konsequent abbauen. Insgesamt betragen diese in Deutschland über 57 Milliarden Euro. Staatliche Subventionen, die dem Klima schaden, wollen wir endlich beenden, wie zum Beispiel

- die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung,
- den immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Öl- und Gasheizungen,
- die Nichtbesteuerung von Kerosin,
- das Dieselprivileg,
- Privatfahrten, die als betriebliche Kosten absetzbar sind,
- die weitgehende Befreiung von EEG-Umlage und Netzentgelten von energieintensiven Unternehmen.

5. Klimafreundlich wirtschaften

296 Klimaschutz geht nur in einem System, das klimafreundliches Verhalten belohnt.
Heute wird
297 dieses Verhalten strukturell erschwert und klimaschädliches Verhalten noch
subventioniert.

298 Wir beschreiben im Rahmen des Antrags „Anders Wirtschaften für nachhaltigen
Wohlstand“

299 ausführlich unsere Vision für ein in seiner Gesamtheit positiv transformiertes
300 Wirtschaftssystem, das die planetarischen Grenzen einhält. Hier stellen wir
ausgewählte

301 wesentliche Aspekte vor, die auch das Klima betreffen:

- 302 • Unser gesellschaftlicher Erfolg soll in Zukunft auch nach Nachhaltigkeitskriterien,
303 wie dem absoluten CO₂-Ausstoß bewertet werden. Dadurch soll der einseitige
Fokus auf
304 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei der Wohlstandsmessung und -steuerung um
wichtige
305 Aspekte ergänzt werden.
- 306 • Entsprechend ändern wir auf betriebswirtschaftlicher Ebene die
Buchhaltungsregeln und
307 Erfolgsrechnung hin zu einer nachhaltigen Bilanzierung von Unternehmen, die
nicht nur
308 den finanziellen, sondern auch den ökologischen Wert von Unternehmen misst
und
309 steuert. Hier wollen wir praxisnah mit führenden Wirtschaftsinitiativen
310 zusammenarbeiten und Konzepte wie das der Gemeinwohlökonomie aufgreifen.
- 311 • In der Digitalisierung fördern wir gezielt klimawirksame Innovation, damit sie ihr
312 Potenzial für die notwendige Suffizienz, Effizienzsteigerungen und
Dematerialisierung
313 entfalten kann und nicht unkontrollierbaren Schaden durch immer mehr
Energiehunger
314 anrichtet. Auch mithilfe der Digitalisierung könnten wir es schaffen,
wirtschaftliches
315 Wachstum von steigenden CO₂-Emissionen zu entkoppeln. Dabei ist die
Überwindung des
316 Rebound-Effekts, also des Effekts, dass Einsparungen durch mehr
Energieeffizienz durch
317 mehr Konsum wieder aufgezehrt werden, die größte Herausforderung.
- 318 • Bei öffentlichen Investitionen und der Vergabe wenden wir auf allen politischen
Ebenen
319 sozial-ökologische Kriterien bei der Entscheidungsfindung und Planung an.
- 320 • Wir stärken die kommunalen Ebenen. Gesetzliche Rahmenbedingungen dürfen
die
321 Kreativität und regional spezifische Maßnahmen und Erfordernisse zum Schutz
des Klimas
322 und zur Einhaltung der Klimaziele in den Kommunen nicht blockieren. Kommunen

müssen

323 zum Vorbild anderer voranschreiten können.

324 • Klimaagenturen mit beratender Funktion geben „Best Practice“-Beispiele weiter,
325 unterstützen bei Förderanträgen und organisieren Bildungsveranstaltungen und
326 Bürger*innenforen.

327 • Wir brauchen eine Kampagne für das Handwerk und Umschulungsangebote, auch
für
328 Unternehmen, und oft in Verbindung mit digitalen Technologien. Der immense
Ausbau der
329 Erneuerbaren, die Sanierung von Gebäuden, das 100.000-Wärmepumpen-
Programm oder auch
330 die arbeitsintensivere Öko-Landwirtschaft – der Klimaschutz wird zig Tausende
neue
331 Jobs bringen, vor allem in Technologie und Handwerk.

332 **6. Sektorspezifische Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaschutzziele**

333 Um die Ziele des Klimaschutzgesetzes in den einzelnen Sektoren zu erreichen, wollen
wir die
334 nachfolgenden Maßnahmen auf den Weg bringen:

335 **6a. Stromerzeugung erneuerbar**

336 Derzeit liegen die ausgestoßenen Mengen CO₂ für die Energiewirtschaft bei über 300
Millionen

337 Tonnen jährlich, das sind über 30 Prozent. Das ist meilenweit von einem Pfad zur
Einhaltung

338 der Pariser Klimaziele entfernt. Schlimmer noch: Deutschland hinkt beim Ausbau der
339 erneuerbaren Energien weit hinterher. Sie sind jedoch das Herzstück jedes
Klimaschutzes. Um

340 die Pariser Klimaziele zu erreichen, ist der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien
nicht

341 mehr nur entscheidend für wirksamen und erfolgreichen Klimaschutz im Strombereich,
sondern

342 auch der Wärme- und Verkehrssektor werden zukünftig größtenteils auf elektrischer
Basis

343 betrieben und massiv erneuerbare Energie benötigen. Hinzu kommt der zusätzliche
Bedarf an

344 erneuerbarem Strom, um Wasserstoff und andere Gase (zum Beispiel als Speicher
oder für

345 erneuerbare Treibstoffe) zu produzieren, gerade auch für den Stahl- und den
Chemiebereich.

346 Es geht nun also nicht mehr nur um die 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien
zur

347 reinen Elektrizitätsversorgung, die wir 2030 erreichen wollen, sondern um 100 Prozent
348 erneuerbaren Strom für eine klimaneutrale Wirtschaft insgesamt.

349 Der stockende Ausbau und die Politik der Bundesregierung führen dazu, dass wir uns
derzeit

350 aber nur auf einem Ausbaupfad von maximal 45 Prozent bewegen. Das ist auch das
größte

351 Hindernis für den Kohleausstieg, den wir sofort beginnen und schnell abschließen
352 müssen. Die
353 von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission hat einen Plan zum
354 Kohleausstieg
355 vorgelegt, der nicht Paris-kompatibel ist und bei Weitem nicht ausreicht. Sowohl beim
356 Ausstiegsdatum, als auch bei den zeitnahen Maßnahmen gibt es erheblichen
357 Korrekturbedarf.
358 Deshalb haben die am Ergebnis beteiligten Umweltverbände und
359 Wissenschaftler*innen
360 Revisionsklauseln verankert und ein Sondervotum abgegeben. Entscheidend ist jetzt,
361 das
362 verbleibende CO₂-Budget für den Stromsektor deutlich zu reduzieren. Das heißt, viele
363 Kraftwerke schnell und zeitnah abzuschalten, um spätestens 2030 aus der Kohle
364 aussteigen zu
365 können. Das heißt auch, dass Dörfer nicht mehr zerstört werden dürfen. Dafür wollen
366 wir das
367 überkommene Bergrecht ändern. Denn noch immer sollen Menschen - gegen ihren
368 Willen - für
369 Braunkohletagebaue umgesiedelt werden. Wir machen uns daher dafür stark:

- 370 • über ein Kohleausstiegsgesetz in den nächsten drei Jahren mindestens rund ein
371 Viertel
372 der Braunkohlekapazitäten und ein Drittel der Steinkohlekapazitäten
373 abzuschalten.
- 374 • einen verbindlichen Abschaltplan der Kohlekraftwerke für die Zeit nach 2022. Wir
375 werden uns zudem für entschädigungsfreie Abschaltungen der Kohlekraftwerke
376 einsetzen.
- 377 • die Strukturförderung an konkrete Abschaltungen und den Ausbau erneuerbarer
378 Energien
379 sowie weiterer Energiewende-Infrastruktur vor Ort zu koppeln.

380 Zentral dafür wird sein, ob wir den Ausbau der Erneuerbaren und des Energiesystems
381 umgehend
382 und massiv voranbringen. Gleichzeitig muss der Atomausstieg konsequent umgesetzt
383 werden,
384 denn von der Atomenergie gehen nicht zu verantwortende Gefahren,
385 Strahlenbelastungen für
386 Generationen und erhebliche wirtschaftliche Risiken aus.

387 Das Missmanagement der Bundesregierung hat den Ausbau der erneuerbaren
388 Energien fast zum
389 Erliegen gebracht. Durch die letzten Novellen ist aus dem extrem erfolgreichen
390 Erneuerbare-
391 Energien-Gesetz, dem am häufigsten kopierten Gesetz der Welt, mittlerweile eher ein
392 Anti-
393 Erneuerbare-Energien-Gesetz geworden: Den Erneuerbaren wurden Deckel und andere
394 Hindernisse
395 zur Verhinderung von schnellem Wachstum vorgegeben. Das ist der eigentliche
396 Skandal.

- 377 Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren mit großer Geschwindigkeit wieder in Gang
bringen.
- 378 Konkret soll die installierte Leistung von Wind onshore in den nächsten zehn Jahren
379 mindestens verdoppelt, die für offshore verfünffacht und die für PV (Dach, Fassaden
und
380 Freiflächen) auf 250 Gigawatt (GW) angehoben werden. Damit sowie mit massiver
381 Energieeinsparung kann Deutschland seinen Stromverbrauch komplett erneuerbar
decken. Dafür
382 benötigen wir auch eine schnelle Realisierung der geplanten Nord-Süd-Leitungen,
insbesondere
383 von "SuedLink".
- 384 Ergänzend wollen wir Energiepartnerschaften mit den Nachbarstaaten der
Europäischen Union
385 aus dem Sonnengürtel zur Produktion von solarem Wasserstoff schließen. Solche
386 Energiepartnerschaften müssen auf Augenhöhe und unter Einbeziehung der
Bürger*innen in der
387 Region verhandelt werden. Die Vorteile müssen vor allem der Region zugutekommen,
aus welcher
388 die Energie geliefert wird. Darüber hinaus dürfen die Projekte nicht von der
Herausforderung
389 des Ausbaus erneuerbarer Energien in Deutschland ablenken.
- 390 Klar ist: Die Energiewende mit 100 Prozent Erneuerbaren kann besser gelingen, wenn
wir sie
391 europäisch denken, indem wir Energie durch Import und Export nach Bedarf
ausgleichen und
392 zugleich die Potenziale der Bürger*innen-Energiewende wieder heben.
- 393 Weder ist es nötig noch erstrebenswert, dass wir dezentrale Energieerzeugung zu
kleinteilig
394 denken. Europa soll zu einem gemeinsamen Strommarkt auf der Basis von
Erneuerbaren
395 zusammenwachsen. Dafür brauchen wir eine zu 100 Prozent erneuerbare und
energieeffiziente
396 Europäische Union als Treiberin für die internationale Energiewende und
ambitioniertere
397 europäische Klimaziele. Die Förderung von nachhaltiger Landwirtschaft,
klimafreundlicher
398 Mobilität, Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerativen
Stromquellen auch
399 auf europäischer Ebene muss noch stärker vorangetrieben werden. Die Vernetzung der
400 verschiedenen erneuerbaren Quellen senkt den Bedarf am Ausbau erheblich. Je größer
der Raum
401 und je vernetzter die Quellen, desto günstiger wird es und desto geringer ist der
Bedarf am
402 Ausbau.
- 403 Im Sektor Strom müssen Effizienzgewinne schnell realisiert werden:
- 404 • strikte Effizienzvorgaben und Förderung von Effizienzgewinnen und
Stromeinsparungen

405 für Energieversorger, Produktion, Industrie, Datenzentren, Gewerbe, bei Handel
406 und
406 Dienstleistungen,

- 407 • eine „Langes Leben“-Produktoffensive (zum Beispiel Garantiehaftung von zwei
408 auf fünf
408 Jahre anheben) sowie ein Förderprogramm „Dekarbonisierung für die Industrie“,
- 409 • Förderung von Stromeinsparungen im Haushaltsbereich durch kontinuierlich
410 steigende
410 Effizienzvorgaben für Haushaltsgeräte, Umstellung auf LED-Beleuchtung und
411 sparsamere
411 Rechnerleistungen.

412 Die Ausbau-Offensive im Bereich der erneuerbaren Stromerzeugung umfasst folgende
Maßnahmen:

- 413 • Die Verhinderungs-Deckel beim Ausbau von Ökostrom müssen unverzüglich
414 gestrichen
414 werden. Nur den Solardeckel aufzuheben, reicht nicht aus. Entsprechend des
415 Ausbaupfades müssen die planbaren Flächen deutlich erhöht werden. Wir wollen,
416 dass
416 insbesondere für Energieprojekte von Bürger*innen wieder feste
417 Einspeisevergütungen
417 gezahlt werden. Ausschreibungen haben sich als Zubaubremse erwiesen.
- 418 • Vorrangregelung und Abnahmepflicht des erneuerbaren Stroms müssen gesichert
werden.
- 419 • Jährlicher Zubau von mindestens 5-6 GW Wind auf dem Land, ab Mitte der
420 2020er Jahre
420 von 7-8 GW.
- 421 • Eine Repowering-Offensive durch planungsrechtliche Verbesserungen und
422 gesonderte
422 Ausschreibungen.
- 423 • Festlegung eines nationalen Flächenziels Windkraft von zwei Prozent der
424 Landesfläche
424 und Verpflichtung der Länder, entsprechende Flächen auszuweisen, auf denen
425 Windenergieanlagen errichtet werden können.
- 426 • Wenn Windparks gebaut oder erweitert werden, sollen die anliegenden
427 Gemeinden und
427 damit ihre Bürger*innen über eine Windpark-Abgabe finanziell an den Erträgen
428 teilhaben.
- 429 • Erhebliche Erleichterungen bei den Genehmigungen für Windenergieanlagen
430 durch
430 Überprüfung bestehender Regelungen im Bereich Flugsicherung, Denkmal- und
431 Naturschutz
431 sowie bei Abstandsregelungen und im Planungsrecht mit der Maßgabe, den
Ausbau von

- 432 Erneuerbaren zu fördern. Im Artenschutz wollen wir bei guter
Bestandsentwicklung die
433 Ausnahmegenehmigungen besser nutzen.
- 434 • Das Ausbauziel für Windenergie auf See ist auf 35 GW bis 2035 anzuheben. Dazu
brauchen
435 wir im Durchschnitt einen jährlichen Zubau von etwa drei GW pro Jahr.
 - 436 • Um bei Wind offshore schneller voranzukommen, wollen wir mit anderen Nord-
und Ostsee-
437 Anrainerstaaten eine gemeinsame Raumplanung machen, die dann auch die
Räume außerhalb
438 der einzelnen Hoheitsgebiete enthält und eine koordinierte Planung zur
439 Berücksichtigung des Artenschutzes, insbesondere den Vogelzug, erlaubt.
 - 440 • Bei Photovoltaik akuter jährlicher Zubau von 10-12 GW pro Jahr als Dachanlagen,
für
441 Gebäudefassaden und Freiflächen; ab Mitte der 2020er Anstieg auf 18-20 GW pro
Jahr.
 - 442 • Einführung einer Solarpflicht für Photovoltaik oder Solarthermie bei Neubauten
sowie
443 bei Dach- oder Fassadenerneuerung im Altbau. Mit Blick auf die Baukultur und
zur
444 Wahrung der hohen Akzeptanz der Photovoltaik wollen wir die Verbreitung der
gebäude-
445 und bauwerkintegrierten Photovoltaik fördern. Die Technik ist vorhanden. Jedoch
446 bestehen u.a. rechtliche Hürden bei der Markteinführung, die so schnell wie
möglich
447 abgebaut werden müssen.
 - 448 • Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramm für Fachkräfte für Solarenergie, im
Bausektor
449 und Facharbeiter*innen in der Solarzellenproduktion.
 - 450 • Aufbau einer Multi-Gigawatt-Solarfabrik, unterstützt durch staatliche
Bürgschaften.
- 451 **Flächen effizient nutzen.** Der immense Ausbau der Erneuerbaren, den wir
brauchen, benötigt
452 Fläche. Für Windenergie an Land benötigen wir nicht mehr als zwei Prozent der
Landesfläche.
- 453 Gleichzeitig brauchen wir eine Vervielfältigung der Solarenergieproduktion. Dafür
können -
454 neben anderweitig nicht nutzbaren Flächen wie beispielsweise Deponien, bereits
versiegelten
455 Flächen oder direkt in Windparks - auch Ackerflächen genutzt werden, auf den keine
456 Lebensmittelproduktion stattfindet, wie z.B. Flächen zur Kraftstoffproduktion. Zudem
kann
457 der Bedarf an Biogas-Mais verringert werden, da die Energieerzeugung durch
Photovoltaik
458 fünfzig- bis hundertfach flächeneffizienter ist. Landwirtinnen und Landwirte, die in den

- 459 bestehenden Energiepflanzen-Programmen ökonomisch gebunden sind, fördern wir
460 einkommensneutral, sodass sie auf Photovoltaik umsteigen können. Durch Agro-PV-
461 Anlagen
462 können in Summe sogar höhere Erträge als heute erzielt werden.
- 462 Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Bereich von 110 Metern beiderseits von
Autobahnen und
463 Schienen sollen als "Sonnen-Ernte" landwirtschaftlicher Nutzung gleichgestellt werden.
- 464 Dadurch werden sie privilegiert und das Planungsverfahren entschlackt. Zudem wollen
wir mehr
465 Dachflächen für den Ausbau der Photovoltaik aktivieren, indem wir zum Beispiel
Photovoltaik-
466 Anlagen auf Gebäuden wieder aus der Ausschreibungspflicht nehmen. Die EEG-
Umlage auf
467 Eigenverbrauch werden wir abschaffen.
- 468 Insgesamt streben wir für den Energiesektor an:
- 469 • Der bis ins Unermessliche gestiegene bürokratische Aufwand für eine eigene
470 Photovoltaik-Anlage auf dem Dach und sonstige eigene Erneuerbaren-Anlagen
zur
471 Stromlieferung an Dritte sowie die damit verbundenen, mittlerweile kaum mehr
zu
472 verstehenden steuerrechtlichen Regelungen müssen harmonisiert, deutlich
reduziert und
473 vereinfacht werden, wie es auch das EU-Recht fordert.
 - 474 • Den Ausbau von PV-Strom vom Dach als Mieterstrom wollen wir insbesondere im
475 Mieterstromgesetz radikal vereinfachen und steuerliche Hemmnisse und
Bürokratie
476 abbauen. Dabei wollen wir Marktanreize insbesondere auch für die gebäude- und
477 bauwerksintegrierte Photovoltaik setzen. Die Verpachtung von Dächern und die
478 Vermarktung von PV-Strom vom Dach im Quartier muss einfach und lohnend
werden, für
479 Erzeuger*innen und Nutzer*innen.
 - 480 • Auflegen eines Förderprogramms für 100.000 Stromspeicher, die netzdienlich
betrieben
481 werden, um die dezentrale Ökostromversorgung zu erleichtern.
 - 482 • Anreize für Investor*innen, Anwohner*innen, und Anliegergemeinden von Wind-
und
483 Solarenergieanlagen schaffen, u.a. durch Forschungs- und Förderprogramme für
484 Agrophotovoltaik zur gleichzeitigen Nutzung von Fläche für Landwirtschaft und
485 Energieproduktion sowie Pflichtanteile erneuerbarer Wärme wie Solarthermie bei
der
486 Modernisierung von Altbauten. Bei der Onshore-Windkraft wollen wir zugunsten
von
487 Bürgerenergieprojekten die vorhandenen Spielräume jenseits der

488 Ausschreibungspflicht
nutzen.

- 489 • Länder und Kommunen bei der Lösung von Konflikten, zum Beispiel zwischen
490 Windanlagen
und Naturschutz unterstützen, anstatt sie wie bisher alleine zu lassen.
- 491 • Das Strom- und Energiemarktdesign reformieren und zukunftsfähig machen:
492 Erneuerbare
werden planbar ausgebaut, Sektorkopplung wird ermöglicht und die Chancen der
493 Digitalisierung werden genutzt.
- 494 • Eine Anschlussfinanzierung für bestehende Biomasseanlagen, um die
495 Energieerzeugung aus
Biomasse zu erhalten. Die Anschlussfinanzierung soll daran geknüpft sein, dass
496 die
Bioenergieanlagen flexibilisiert werden und entweder Biogas einspeisen können
497 oder
dann Strom erzeugen, wenn wenig Wind- und Solarenergie zur Verfügung steht,
498 und sie
möglichst weitgehend auf Rest- und Abfallstoffe sowie Gülle umgestellt werden.
- 499 • Fairere Gestaltung der Umlagen und Entgelte zwischen Verbraucher*innen, der
500 Industrie
und kleineren und mittleren Unternehmen, um die Quersubventionierung der
501 Industrie
über die EEG- und Netzentgelt-Befreiung der energieintensiven Unternehmen zu
502 Lasten
der Privathaushalte zu beenden. Das schafft mehr soziale Gerechtigkeit und
503 Anreize, in
der Industrie Emissionen zu senken. Die Benachteiligungen für die erneuerbaren
504 Energien, die sich aus dem gegenwärtigen Strommarktdesign ergeben, wollen
wir
505 analysieren und beseitigen.
- 506 • Europarechtliche Vorgaben im Energiemarktdesign so schnell wie möglich in
507 nationales
Recht umsetzen, um der Bürgerenergie Flügel zu verleihen: So kann jede*r auf
508 Dach oder
Balkon Strom erzeugen und abgabefrei selbst verbrauchen oder an
509 Nachbar*innen
verkaufen.
- 510 • Deutschland muss den Vertrag über die Energiecharta kündigen, damit auch
511 fossile
Infrastruktur ausländischer Eigentümer*innen entschädigungsfrei stillgelegt
512 werden
kann.
- 513 • Schnellstmögliche und konsequente Umsetzung der EU-Vorgaben für den
Schadstoffausstoß

514 von Kraftwerken in nationales Recht. Die nationalen Grenzwerte müssen aus
515 Gründen des
516 Gesundheitsschutzes - insbesondere auch bei Quecksilber - an der unteren
Grenze der
nach EU-Recht zulässigen Bandbreiten festgelegt werden.

517 Parallel dazu setzen wir auf:

- 518 • eine Förderung der inländischen, nachhaltigen Batteriezellenproduktion und einer
519 damit
verbundenen Kreislaufwirtschaft,
- 520 • die konsequente Umstrukturierung des Energiemarktdesigns und der
521 energiebezogenen
Abgaben, Entgelte und Umlagen mit der Zielvorgabe 100 Prozent Erneuerbare bis
522 2030.
Dazu gehören starke Anreize für Sektorkopplung und Speicherung,
- 523 • Forschungsunterstützung für die Wasserstoff-Industrie über ein
Investitionsprogramm
524 „Grüner Wasserstoff“. Gefördert werden sollen u.a. die erneuerbare
525 Wasserstoffherzeugung und Speicherung, Wasserstoff-Dunkelflautenspeicher in
Gaskavernen
526 und der Einsatz in Industrieprozessen.

527 **6b. Energiewende im Wärmesektor und bei Gebäuden**

528 Die Energiewende in Gebäuden kommt seit Jahren nicht schnell genug voran. Die
Sanierungsrate
529 zur Energieeinsparung und der Anteil an Wärme aus erneuerbaren Energien reichen
bei Weitem
530 nicht aus und stagnieren auf niedrigstem Niveau. Mit einem „Weiter so“ würde es
hundert
531 Jahre dauern, einen klimaneutralen Gebäudebereich zu schaffen – wir brauchen ihn
aber
532 viermal so schnell, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Daher müssen wir jetzt
gemeinsam
533 mit allen Eigentümerinnen und Eigentümern und allen Mieterinnen und Mietern einen
Aufbruch
534 hin zu ökologisch modernen Gebäuden schaffen.

535 Mit Zuschüssen und zinslosen staatlichen Sanierungskrediten mit wahlweise langen
Laufzeiten
536 unterstützen wir Eigenheimbesitzer*innen bei der energetischen
Gebäudemodernisierung. Ein
537 CO₂-Preis auf Heizstoffe macht Klima-Modernisierung wirtschaftlicher als bisher. Damit
alle
538 Eigentümer*innen und Mieter*innen bei der Energiewende in Gebäuden mitmachen
und
539 partizipieren können, braucht es zusätzlich passende Regeln, Anreize und
Informationen. So
540 soll der CO₂-Preis auf Wärmebrennstoffe als Anreiz für die Vermieter*innen wirken, den

- 541 energetischen Zustand ihrer Gebäude zu verbessern. Sie sollen deshalb CO₂-
Preiskomponenten
542 nicht Eins-zu-Eins auf Mieter*innen umlegen dürfen.
- 543 Dazu gehört auch die steuerliche Förderung als Anreiz für energetische
Modernisierung.
544 Gerade private Eigenheimbesitzer*innen benötigen steuerliche Anreize zur
545 Gebäudemodernisierung. Der Steuerbonus muss klimapolitisch wirksam ausgestaltet
sein. Egal
546 ob Zuschuss-, Kredit- oder steuerliche Förderung: Es dürfen nur Maßnahmen gefördert
werden,
547 die nachweislich mit ihrer CO₂-Einsparung auf dem vom Pariser Abkommen
vorgegebenen
548 Minderungspfad liegen. Durch Abzug von der Steuerschuld müssen alle gleichermaßen
davon
549 profitieren, und die Sonderabschreibung muss analog zur KfW-Förderung ausgestaltet
sein.
- 550 Wie im Stromsektor gehört auch beim Heizen und Kühlen die Zukunft den
erneuerbaren Energien.
551 Wir wollen:
- 552 • einen Systemwechsel erreichen: Dort, wo es die Besiedlungsstruktur ermöglicht,
weg von
553 der Einzelbefeuerungsanlage und der Einzelhausbetrachtung hin zu einer
554 Quartiersbetrachtung und zu Nah- bzw. Fernwärmenetzen, die dann aus
verschiedenen
555 erneuerbaren Quellen gespeist werden können.
 - 556 • dass alle Kommunen ein Energiemanagement durchführen müssen und einen
Energiebericht
557 verfassen, damit überhaupt Daten erhoben, Maßnahmen umgesetzt und
nachgesteuert werden
558 können. Kommunen haben sich zukünftig nicht nur um ihren eigenen
Gebäudebestand zu
559 kümmern. Kommunen werden wir dabei finanziell unterstützen, eine
datenbasierte
560 Wärmeplanung für einen klimaverträglichen Umbau der Wärmeversorgung in den
einzelnen
561 Quartieren aufzulegen. Diese Wärmeplanung wird Grundlage für eine Förderung

der
562 nötigen Investitionen sein.

- 563 • den vorgeschriebenen Anteil an erneuerbaren Energien bei Neubau und Bestand
564 deutlich anheben.
- 565 • den Passivhausstandard für alle Neubauten verbindlich machen, Fassaden- oder
566 Dachbegrünung sowie Plus-Energiegebäude fördern.
- 567 • eine Ausbildungsoffensive im Handwerk und Baugewerbe, um die notwendige
568 Sanierungsrate überhaupt zu ermöglichen.

569 **Ein Austauschprogramm „Sonne statt Öl“ und Klima-Service für
Eigentümer*innen.** 16 der 19

570 Millionen Wohngebäude in Deutschland sind Ein- und Zweifamilienhäuser. Viele davon
sind noch

571 vor der ersten Wärmeschutzverordnung im Jahr 1978 entstanden und bisher nicht
energetisch

572 modernisiert. Die Eigentümer*innen und Mieter*innen dieser Gebäude sind in der
Regel keine

573 Bauexperten. Sie brauchen daher einen einfachen Zugang zu den besten
Klimainformationen und

574 Modernisierungen. Zentral ist für uns daher:

- 575 • ein Austauschprogramm „Sonne statt Öl“, das den Tausch von Öl- und
576 Gasheizungen gegen moderne Heizungen mit Sonnenwärme und hocheffizienten Wärmepumpen
fördert,
- 577 • dass Ölheizungen ab sofort und reine Gasheizungen (ohne Kraft-Wärme-Kopplung
578 oder Unterstützung von Wärmepumpen, Solarenergie oder anderen erneuerbaren
Wärmequellen)
579 ab 2025 nicht mehr eingebaut werden,
- 580 • der Ersatz der fossilen Erdgasversorgung durch ambitionierte
Effizienzanstrengungen,
581 die den Gesamtbedarf reduzieren, sowie durch erneuerbare Energien (u.a. grüne
Gase),
- 582 • das Auflegen eines 100.000-Wärmepumpen-Programms. Mit Wärmepumpen
583 können wir aus einer Kilowattstunde (kWh) Strom rund vier kWh Wärme machen. Der Austausch von
fossilen
584 Heizungen zu Wärmepumpen stellt mit Solarwärme und PV sowie saisonalen
Speichern und
585 Wärmenetzen in der drängenden, kurzen Zeit eine große Chance auf rasche
586 Klimaneutralität des Gebäudebestands dar,
- 587 • ein kostenloser Klima-Service für Eigentümer*innen von Ein- und
Zweifamilienhäusern:

588 Qualifizierte Energieberater*innen nehmen eine Vor-Ort-Analyse vor und erstellen
589 einen
590 kostenlosen Sanierungsfahrplan fürs Haus. Ein solcher Klima-Fahrplan schlägt
591 geeignete
592 Schritte vor, mit denen das Haus zum Niedrig-Energie-Gebäude mit erneuerbarer
593 Wärme
594 werden kann,

- 592 • ein finanzieller Zuschuss für eine fachkundige Energie-Planung und -
593 Bauüberwachung für
594 Ein- und Zweifamilienhäuser: Qualifizierte Energieberater*innen planen und
595 überwachen
596 in Zusammenarbeit mit der Objektplanung, der Bauleitung und der
597 Objektbauüberwachung
598 die Umsetzung einzelner Schritte des Klima-Fahrplans für das Haus.

596 **Klima-Check und Mieterschutz für Mieter*innen.** Jeder Mieter, jede Mieterin soll
597 wissen, wie
598 es um die eigene Wohnung bezüglich der Klimaziele und Heizkosten steht. Außerdem
599 wollen wir
600 Mieterinnen und Mieter vor hohen Heiz- und Modernisierungskosten schützen. Dafür
601 wollen wir:

- 599 • jeder Mieterin und jedem Mieter einen Gutschein für einen Klima-Check für ihre/
600 seine
601 Wohnung geben, um ein kostenloses Heizgutachten auf Basis der aktuellen
602 Heizkostenabrechnung zu erstellen,
- 602 • klimagerechte Modernisierungen von Gebäuden und Wohnungen, die sich jede*r
603 leisten
604 kann, möglichst ohne Erhöhung der Warmmiete. Für energetisch modernisierte
605 Wohnungen
606 wollen wir einen Klimazuschuss zum Wohngeld einführen, damit sich auch
607 Haushalte mit
608 kleinen Einkommen diese Wohnungen leisten können. Mit dem Förderprogramm
609 „Gutes Klima
610 im Quartier“ fördern wir energetische Modernisierungen ganzer Stadtviertel ohne
611 Erhöhung der Warmmieten. Mit der sozialen Wohnraumförderung und bei
612 kommunalen
613 Wohnungsunternehmen ermöglichen wir das ebenfalls. Die von uns vorgesehene
614 Absenkung
615 der Modernisierungsumlage ist ein wichtiger Schritt, um als Sofortmaßnahme die
616 einseitige Kostenverteilung zulasten der Mieter*innen zu beenden. Darüber
617 hinaus
618 werden wir alternative Vorschläge, die Modernisierungsumlage durch ein anderes
619 Instrument zu ersetzen, prüfen und gegebenenfalls in einem zweiten Schritt
620 umsetzen.

613 **Aktionsplan Faire Wärme.** Unser umfassender Aktionsplan Faire Wärme denkt die
614 Bausteine der

614 Energiewende im Wärmesektor und in Gebäuden zusammen, für Wohnhäuser und Quartiere, Stadt

615 und Land. Dazu gehören:

- 616 • eine erhebliche Aufstockung der Mittel für erneuerbare Wärme, energetische
617 Modernisierung und saubere Wärmenetze, um Heizen ohne Klimaschaden zu ermöglichen,
- 618 • das Programm „Gutes Klima im Quartier“: ein Förderprogramm für die
619 Quartierssanierung
620 ohne Erhöhung der Warmmieten, zur Klima-Modernisierung ganzer Stadtviertel
621 und Dörfer
622 und ihrer Gebäude, gemeinsam geplant mit den Menschen und Unternehmen vor
623 Ort,
- 624 • deutlicher Ausbau der Förderung und Unterstützung für Kommunen, damit auch
625 finanzschwache Kommunen diese Aufgaben im kommunalen Klimaschutz
626 wahrnehmen und ihre
627 eigenen Liegenschaften möglichst schnell klimaneutral machen können,
- 628 • ein Steuerbonus für selbst nutzende Eigentümer*innen, die ihr Haus oder ihre
629 Wohnung
630 klimafreundlich modernisieren wollen,
- 631 • endlich konsequenter Klimaschutz bei Bundesimmobilien: Klima-Fahrplan für die
632 bundeseigenen Liegenschaften und ein Aktionsprogramm klimaneutrale
633 Bundesverwaltung;
634 Ziel: sämtliche Bundesliegenschaften werden bis zum Jahr 2030 klimaneutral,
- 635 • 200 Millionen Euro jährlich für qualifizierte Energieberatung wie Klima-Service
636 und
637 Klima-Check.

631 **Mehr Energieeffizienz.** Die beste Energie ist diejenige, die gar nicht erst verbraucht wird.

632 Hier reichen die heutigen politischen Rahmenbedingungen für mehr Energiesparen und bessere

633 Energieeffizienz bei weitem nicht aus. Wir brauchen:

- 634 • Förderprogramme für die Entwicklung und Nutzung ökologischer Bau- und
635 Dämmstoffe, um
636 Alternativen zu synthetischen Dämmstoffen auf fossiler Basis zu unterstützen,
- 637 • die Umsetzung des gültigen EU-Rechts in ein modernes Gebäudeenergiegesetz,
638 das an
639 Energieeffizienz und dem CO₂-Ausstoß ausgerichtet ist,
- 640 • Möglichst geringer Energieverbrauch als verpflichtenden Standard: das
641 Passivhaus bei
642 Neubauten, und bei umfassender Modernisierung sowie Sanierung des Bestandes
643 soll das
644 KfW-Effizienzhaus 55 der Zielstandard sein, oberhalb der gesetzlichen Standards

wollen

641 wir die Förderung durch die KfW aufstocken.

- 642 • für energetische Modernisierungen staatliche Nullzins-Darlehen mit langen
643 Rücklaufzeiten, denn eine bessere Investition als Energieeinsparung gibt es nicht.

644 **Wärmenetze dekarbonisieren und ausbauen.** Ein relevanter Teil der
Wärmeversorgung erfolgt
645 über Nah- und Fernwärmenetze. Doch derzeit wird das Potenzial der
leitungsgebundenen Wärme
646 für den Klimaschutz nicht ausreichend genutzt. Das gilt hinsichtlich der Integration von
647 erneuerbaren Energien ebenso wie für die Nutzung von Abwärme, die bei Produktions-
und
648 Dienstleistungsprozessen entsteht und ansonsten als ungenutztes Nebenprodukt an
die Umwelt
649 abgeführt werden müsste. Wir wollen:

- 650 • Nahwärmenetze zielgerichtet ausbauen und die entsprechenden
Förderprogramme erhöhen,
- 651 • ein Förderprogramm in Höhe von 400 Millionen Euro für 10.000 Wärmespeicher
auflegen,
652 damit insbesondere Gemeinden oder Stadtteile mit Wärmenetzen mindestens
einen großen
653 Wärmespeicher errichten können und so die Flexibilität im Wärme- und
654 Stromversorgungssystem erhöht wird,
- 655 • verpflichtende Emissionsminderungsziele für Fernwärmebetreiber,
- 656 • Wärmenetze für die Einspeisung erneuerbarer Wärme sowie industrieller und
gewerblicher
657 Abwärme durch gesetzliche Regelungen öffnen, um auch die Nah- und
Fernwärmeversorgung
658 so schnell wie möglich zu dekarbonisieren. Wenn eine Wärmeversorgung auf
Basis von
659 Abwärme möglich ist, ist diese einer Nutzung von zusätzlichen Erneuerbaren
660 vorzuziehen.

661 **Flächensparend Wohnen und ressourcensparend Bauen.** Die Effizienzgewinne
durch energetische
662 Modernisierungen wurden in den letzten Jahrzehnten weitgehend durch die Zunahme
der Pro-
663 Kopf-Wohnfläche aufgezehrt, sodass der Energieverbrauch real kaum gesunken ist.
Und das
664 trotz Dämmung, effizienterer Heizkessel und dreifachverglaster Fenster. Gleichzeitig
steckt
665 in jedem Neubau graue Energie, die für die Herstellung von Beton, Stahl und anderen
666 Baustoffen eingesetzt wurde. In Zeiten der Klimakrise heißt die Lösung für zu wenig
667 verfügbaren, bezahlbaren Wohnraum deshalb auch, den bestehenden Wohnraum
besser auszunutzen.

668 Dazu vereinfachen wir die rechtlichen Voraussetzungen für Wohnungstausch, fördern
flexible
669 Grundrisse und beraten zu Umzügen und Umbauten mit dem Ziel der Verkleinerung
der
670 Wohnfläche. Mit einem Programm für flächensparendes Wohnen ermöglichen wir es
beispielsweise
671 Eltern, ihre Wohnung nach dem Auszug ihrer Kinder so umzubauen, dass die alten
Kinderzimmer
672 vermietet werden können.

673 **6c. Verkehrswende - mehr Mobilität mit weniger Verkehr**

674 Rund 20 Prozent der deutschen Treibhausgase kommen aus dem Verkehrssektor. Von
einem
675 Minderungspfad, der mit den Klimazielen von Paris vereinbar wäre, sind wir meilenweit
676 entfernt. Die Emissionen im Verkehrssektor sind derzeit immer noch genauso hoch wie
1990,
677 alle Effizienzmaßnahmen sind durch höheres Gewicht, stärkere Leistungen, längere
Strecken im
678 Autoverkehr und die Zunahme des Straßengüterverkehrs aufgezehrt worden, alle
Klimaziele im
679 Verkehrssektor werden krachend verfehlt. Die zunehmenden Emissionen des von
Deutschland
680 ausgehenden internationalen Luftverkehrs sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.
Allein
681 die durch unseren Verkehr verursachten Folgekosten liegen pro Jahr bei 149 Milliarden
Euro.
682 Mobilität und Lebensqualität zusammenzubringen heißt: Verkehr vermeiden, verlagern
und
683 klimafreundliche Verkehrsmittel miteinander vernetzen. Ein „Weiter so“ wäre nicht nur
684 ökologischer, sondern auch volkswirtschaftlicher Irrsinn. Um Klimaschädigung und
685 Verkehrsbelastungen wirksam zu vermindern, müssen wir eine umfassende
Verkehrswende auf den
686 Weg bringen. Mit ihr geht die Ära des fossilen Verbrennungsmotors und eine einseitig
auf
687 immer mehr Pkw- und Lkw-Verkehr ausgerichtete Infrastrukturentwicklung zu Ende.
688 Mit dem Ausbau von Schiene, ÖPNV und Radverkehr, der Vernetzung von
Verkehrsangeboten, mit
689 neuen Sharing-Formen und der Antriebswende können wir den Energiebedarf des
Verkehrs
690 vermindern, eine für alle Menschen bezahlbare Mobilität schaffen und die Klimaziele
im
691 Verkehr erreichen. Wir können die Anzahl der Autos verringern, die heute Tag für Tag
im Stau
692 stehen und in den Städten wertvolle Flächen vollstellen, und so Verkehrssicherheit und
693 Lebensqualität erhöhen, ohne unsere Mobilität zu vermindern. Schon die Entzerrung
694 eingeschliffener Tagesabläufe, etwa des Schulbeginns, hilft uns, den Bedarf nach
Mobilität
695 gleichmäßiger zu verteilen und unsere Infrastruktur besser zu nutzen.

696 Unsere Schwerpunkte für eine klimafreundliche Mobilität sind:

697 **Überarbeitung des ordnungs-, finanz- und steuerpolitischen Rahmens der Verkehrspolitik.**

698 Diesen Rahmen zu überarbeiten mit dem Ziel der Förderung sozialverträglicher, ökologischer

699 und technischer Maßnahmen heißt:

- 700 • den Bundesverkehrswegeplan komplett zu überarbeiten und als Bundesnetzplan für
- 701 Mobilität neu aufzustellen,
- 702 • den Kommunen das Recht zu geben, innerorts eigenständig und unbürokratisch über die
- 703 Einführung von Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele zu entscheiden: zum Beispiel
- 704 autofreie Innenstädte und Quartiere innerhalb ihrer Stadtgrenzen und/oder in
- 705 Kooperation mit benachbarten Kommunen gestalten und dafür die Reduzierung öffentlichen
- 706 und privaten Parkraums umzusetzen, Fahrradstraßen und Fußwegenetze, Tempolimits oder
- 707 eine City-Maut einführen,
- 708 • den steuer- und finanzpolitischen Rahmen u.a. mit dem Ziel auszuschöpfen, den Kauf von
- 709 Autos mit fossilem Verbrennungsmotor auslaufen zu lassen und die Nutzung öffentlicher
- 710 Verkehrsangebote preiswert zu gestalten.

711 **Die Bahn flott machen.** In den letzten Jahrzehnten wurde einseitig in den Straßenbau

712 investiert, während Schieneninfrastruktur in großem Ausmaß zurückgebaut wurde. Jetzt ist die

713 Schiene dran! Wir brauchen eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Schiene. Während in

714 der Schweiz 348 Euro pro Einwohner*in in die Schiene fließen, sind es in Deutschland nur 64

715 Euro pro Kopf. Wir werden das Bestandsnetz besser pflegen und erhalten, stillgelegte

716 Strecken reaktivieren und das Schienennetz ausbauen.

717 Zur Finanzierung wollen wir den bisherigen „Finanzierungskreislauf Straße“ auflösen, wonach

718 Einnahmen aus der Lkw-Maut allergrößtenteils in den Straßenbau fließen. Mauteinnahmen müssen

719 auch der Bahn zugutekommen. Ab 2025 wollen wir keine neuen Bundesstraßen mehr in Angriff

720 nehmen, da Deutschland mit Straßen ausreichend erschlossen ist, während bei den Schienenwegen erhebliche Nachholbedarfe aufzuarbeiten sind. Die Bahn ist das

721 Verkehrsmittel, das sich am einfachsten und mit der höchsten Energieeffizienz elektrifizieren lässt. Sie ist

722 das Rückgrat der Verkehrswende. Es braucht jedoch erhebliche Anstrengungen, damit

sie diese

724 Rolle endlich übernehmen kann:

- 725 • Bundesweiten Deutschlandtakt einführen: garantierte Anschlüsse, dichter Takt,
726 Abstimmung Fern- und Nahverkehr.
- 727 • Regionalisierungsmittel erhöhen mit dem Ziel, die Fahrgastzahlen in Zügen bis
728 spätestens 2030 zu verdoppeln und langfristig zu vervierfachen.
- 729 • Innerdeutschen und grenzüberschreitenden Schienenverkehr stärken: fehlende
730 Verbindungen im Schienennetz herstellen, Elektrifizierungslücken schließen,
mehr
731 Ausweichstellen und Weichen schaffen sowie bisher eingleisige Strecken
ausbauen.
- 732 • Passagierrechte europaweit stärken, Nachtzugverbindungen wieder aufnehmen
und
733 erweitern.
- 734 • Um auch bei der Bahn das fossile Zeitalter auslaufen zu lassen, sind bis zum Jahr
2030
735 mindestens 75 Prozent der Bahnstrecken zu elektrifizieren. Die verbleibenden
Strecken
736 sind entweder ebenfalls zu elektrifizieren oder die Züge werden auf alternative
737 Antriebe umgestellt.
- 738 • Technische Möglichkeiten ausschöpfen zur intelligenten Steuerung des
Schienenverkehrs
739 sowie zur Steigerung der Nutzung, bspw. Taktverdichtung.
- 740 • Bessere Harmonisierung und Verstärkung des internationalen Bahnverkehrs zur
741 Beseitigung technischer Hemmnisse und für verbesserte Verbindungen; damit
einhergehend
742 Anschlussgarantien und grenzüberschreitender Verbraucherschutz.
- 743 • Erstellung eines Reaktivierungskonzeptes für ungenutzte und stillgelegte
744 Schienenstrecken sowie Personen- und Güterbahnhöfe inklusive der Chance,
bereits
745 entwidmete, aber notwendige Trassen wieder zu ertüchtigen.
- 746 • Die wachsende Zahl von Eisenbahnverkehrsunternehmen erfordert eine neutrale
747 Überwachung der Pünktlichkeit. Wir wollen diese nach einheitlichen Kriterien dem
Eisenbahn-Bundesamt übertragen und die unzureichende Selbstkontrolle der
748 Unternehmen
749 beenden.

750 **Den öffentlichen Personenverkehr stärken.** Damit alle bezahlbar, verlässlich und
751 klimaschonend von A nach B kommen, muss der Öffentliche Personenverkehr besser

ausgebaut und

752 die Angebote verbessert werden. Dazu braucht es:

- 753 • ein Förderprogramm „Mobilität im ländlichen Raum“ mit eindeutigen Kriterien
754 zugunsten
754 des Ausbaus von vernetzten Mobilitäts- und Fahrzeugangeboten,
- 755 • die deutliche Erhöhung der Mittel für den Ausbau des Öffentlichen
756 Personennahverkehrs,
756 um die Kapazitäten und das Preis-Leistungs-Verhältnis zu verbessern,
- 757 • die Förderkriterien für neue ÖPNV-Verbindungen überarbeiten und Klima- und
758 Umweltschutzaspekten ein größeres Gewicht geben,
- 759 • einen Mobilpass, um aus einer Hand mit allen Verkehrsmitteln – Busse, Bahnen,
760 Share-
760 Bikes und -Cars – in ganz Deutschland unterwegs sein zu können,
- 761 • eine Mobilitätsgarantie für alle Menschen in Deutschland: durch gezielte
762 Förderung
762 strukturschwacher Regionen allen Menschen Zugang zu einem regelmäßigen und
763 verlässlichen Nahverkehrsangebot ermöglichen,
- 764 • ein Investitionsprogramm zur Modernisierung und Sanierung der
765 Personenbahnhöfe über
765 die bestehenden Initiativen hinaus,
- 766 • die Förderung von bundesweit zwanzig Modellprojekten, bei denen Kommunen
767 auf einen
767 umlagefinanzierten stark preisreduzierten oder ticketslosen ÖPNV umsteigen
768 wollen -
768 zudem werden wir die rechtlichen Hürden für alternative
769 Nahverkehrsfinanzierungsmodelle abbauen. Wir wollen Konzepte entwickeln, wie
770 man einen
770 ticketlosen ÖPNV vor Ort erreichen kann,
- 771 • das Nutzen der Digitalisierung unter Berücksichtigung des Datenschutz, um
772 weitere
772 Kapazitätserhöhungen und Flexibilisierungen im ÖPNV zu erreichen,
- 773 • ein Investitionsprogramm für Oberleitungs- und Schienenfahrzeuge in den
774 Städten
774 zugunsten eines engmaschigen Nahverkehrsnetzes (Trams, Trolleybusse,
774 Straßenbahnen),
- 775 • die Erstellung eines bundesweiten Mobilitätskonzeptes, das den Umweltverbund
776 auch im
776 Umland stärkt, inklusive eines bundesweiten Rad- und Fußwegekonzeptes in
777 Zusammenarbeit
777 mit den Bundesländern zugunsten einer sicheren Rad- und Fußwegeinfrastruktur
778 mit allen
778 notwendigen technischen Nebenanlagen wie Servicestationen oder Notrufe.

779 **Vorrang für Rad- und Fußverkehr.** Vier von zehn Autofahrten in der Stadt sind
780 unter fünf
781 Kilometer – Distanzen, die leicht mit dem Fahrrad oder sogar zu Fuß zurückgelegt
782 werden
783 können. Dem Fuß- und Radverkehr wird bislang aber meist nur so viel Platz
784 zugestanden, dass
785 der Auto- und Lastwagenverkehr ungehindert rollen kann. Dabei legen die Menschen
786 ein Drittel
787 ihrer täglichen Wege zu Fuß oder mit dem Rad zurück. Höchste Zeit, dass diese
788 klimafreundlichsten Fortbewegungen endlich nicht mehr behindert, sondern gefördert
789 und
790 sicher gestaltet werden. Dazu braucht es:

- 786 • eine gerechte Verteilung und mehr Raum für Fußgänger*innen und
787 Fahrradfahrer*innen in
788 den Städten und Gemeinden sowie neue Möglichkeiten des
789 Parkraummanagements durch
790 Änderung des Straßenverkehrsrechts,
- 791 • autofreie Innenstädte, deren Planung und Einrichtung wir finanziell unterstützen
792 wollen, und die Förderung von City-Maut-Zonen,
- 793 • gemeinsame Bund-Länder-Kommunen-Programme zur Förderung von Rad- und
794 Fußverkehr,
- 795 • eine Erhöhung der Mittel: Die Finanzierung fahrrad- und fußgängerfreundlicher
796 Kommunen
797 muss sich an 100 Euro pro Einwohner*in pro Jahr orientieren,
- 798 • eine Rad- und fußverkehrsfreundliche Überarbeitung des Straßenverkehrsrechts,
799 um
800 Radfahren und zu Fuß gehen als gleichberechtigte Verkehrsarten zu fördern und
801 deutlich
802 sicherer und bequemer zu machen. Außerdem müssen Bußgelder für
803 verkehrsgefährdendes
804 und fuß- und radverkehrsbehinderndes Verhalten erhöht werden,
- 805 • das Nutzen der Digitalisierung, um Sicherheit und Vorfahrt für Rad- und
806 Fußverkehr
807 umzusetzen.

808 **Tempolimits.** In erster Linie helfen Tempolimits, den Verkehr sicherer zu machen, und
809 Unfälle, Tote und Verletzte zu vermeiden. Aber sie tragen auch zu Lärm-, Umwelt- und
810 zum
811 Klimaschutz bei. Sehr schnell umsetzbar sind:

- 803 • die Einführung eines allgemeinen Tempolimits von 130 km/h auf Autobahnen.
804 Wenn
805 besondere Gründe es notwendig machen, wie beispielsweise in und um Städte

oder

805 Ballungsgebiete, dann gelten maximal 120 km/h.

806 • die Einführung von Tempo 30 innerorts auf allen Straßen als
Regelgeschwindigkeit. Die

807 Kommunen dürfen dort auf Tempo 50 erhöhen, wo dadurch keine zusätzliche
Gefährdung

808 entsteht.

809 • ein automatisiertes Verlangsamen in Gefahrenzonen, insbesondere vor
810 Kreuzungsbereichen, Schulen oder Krankenhäusern.

811 • das Anschärfen des Bußgeldkatalogs für Falschparken und zu schnelles Fahren.

812 **Emissionsfreie Mobilität voranbringen.** Trotz Bahnausbaus und gut
funktionierendem

813 Personennahverkehr wird in naher Zukunft das Auto weiterhin eine wichtige Rolle
spielen –

814 insbesondere in ländlichen Räumen. Jetzt muss die Bundesregierung endlich die
richtigen

815 politischen Rahmenbedingungen setzen, damit der Sprung in die Zukunft
klimafreundlicher

816 Antriebe schnell und reibungslos gelingt und es neue Ideen für gemeinschaftliche
817 Nutzungskonzepte gibt:

818 • Spätestens ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen
werden.

819 • Die Grüne Bundestagsfraktion wird beauftragt, unter Hinzuziehung externer
820 Einschätzungen aus Wissenschaft und Wirtschaft und in Kooperation mit der
821 Bundesarbeitsgemeinschaft Mobilität und Verkehr bis Ende 2020 ein
Ausstiegsszenario

822 für das Ende des Verbrennungsmotors sowie die Produktion und den Vertrieb
fossiler und

823 klimaschädigender Kraftstoffe auszuarbeiten und der
Bundesdelegiertenkonferenz zur

824 Beschlussfassung vorzulegen.

825 • Die Förderung emissionsfreier Fahrzeuge soll durch eine Bonus-Malus-Regelung in
der

826 Kfz-Steuer wirken, die kleine und energiearme Fahrzeuge belohnt und emissions-
und

827 energieverbrauchsintensive Fahrzeuge teurer macht sowie durch Quoten für E-
Autos.

828 Diese Quoten sollen ab 2021 exponentiell ansteigen, damit bereits Mitte der
2020er

- 829 Jahre drastisch weniger Autos mit fossilem Verbrennungsmotor auf den Markt kommen.
- 830 • Die öffentliche Hand muss bei emissionsfreien Fahrzeugen mit gutem Beispiel vorangehen
- 831 und bspw. Dienstwagenflotten und Nutzfahrzeugparks schnell umstellen.
- 832 • Wir wollen den Ausbau und die Standardisierung der Ladeinfrastruktur für
- 833 Elektromobilität im öffentlichen und privaten Raum, die Entwicklung eines
- 834 flächendeckenden, engmaschigen öffentlichen Netzes von Lade- und Tankstellen für
- 835 grünen Wasserstoff sowie CO₂-neutrales Gas mit unkomplizierter Handhabung
- 836 und
- 837 Abrechnung sowie mit transparenten Preisen und Abbau bürokratischer Hürden für
- 838 Ladestellen in Wohnhäusern. Ladestellen sollten auch für E-Fahrräder und andere
- 839 Elektrofahrzeuge nutzbar sein und während des Ladens sichere
- 840 Abstellmöglichkeiten bieten.
- 841 • Wir wollen den Abbau von Subventionen für fossil betriebene Autos sowie
- 842 steuerliche Anreize für die Nutzung von Rad, Bus, Bahn und abgasfreier Autos statt die
- 843 Subventionierung schwerer Dienstwagen.
- 843 **Flugverkehr vermeiden und die Subventionierung des Flugverkehrs beenden.** Wir wollen
- 844 innerdeutschen Flüge und Kurzstreckenflüge ins benachbarte Ausland durch schnelle
- 845 und
- 846 bezahlbare Alternativen mit der Bahn bis 2030 überflüssig machen. Zug um Zug mit
- 847 dem Ausbau
- 848 der Bahn werden wir Inlands- und Kurzstreckenflüge streichen, sodass diese bis 2030
- 849 der
- 850 Vergangenheit angehören. Staatliche Institutionen sollen beim Wechsel vom Flugzeug
- 851 zur Bahn
- 852 als Vorbild voran gehen und ihre Regelungen zur Reisekostenerstattung entsprechend
- 853 anpassen.
- 854 Dazu muss massiv in die Schieneninfrastruktur und das Zugmaterial investiert und
- zugleich
- die Subventionierung des Flugverkehrs beendet werden. Insgesamt muss der
- Flugverkehr
- klimafreundlicher gemacht werden. Wir wollen:
- die Befreiung des Kerosins von der Energiesteuer beenden,
 - die Mehrwertsteuer für alle Flugreisen einführen und eine Vervierfachung der Steuern auf Flugreisen, solange Kerosin- und Mehrwertsteuer nicht im vollen Umfang erhoben

- 855 werden, dabei soll es eine Differenzierung nach Streckenlänge, Klasse und
856 Lärmbelastung geben sowie die Ausweitung auf Frachtflüge,
- 857 • dass die Statussysteme für Vielflieger*innen und die Bonusmeilenprogramme
858 aufgrund ihrer klimapolitischen Fehlanreize beendet werden,
 - 859 • die Subventionierung von Flughäfen stoppen,
 - 860 • keine weiteren Start- und Landebahnen mehr genehmigen, sondern
861 entsprechend des wegfallenden Inlandsverkehrs reduzieren,
 - 862 • die Start- und Landegebühren für besonders klimazerstörende, schadstoffreiche
863 laute Flieger erhöhen,
 - 864 • eine Initiative zur Festlegung ambitionierter CO₂-Grenzwerte für Flugzeuge
865 international vorantreiben,
 - 866 • die Forschung und Förderung von emissionsneutralen Flugzeugen und
867 Kraftstoffen fördern,
 - 868 • Flüge mit Start und Ziel außerhalb der EU schnellstmöglich wieder in den
869 Europäischen Emissionshandel einbeziehen – ohne kostenlose Zuteilung von Zertifikaten,
 - 870 • europäische und bilaterale Abkommen zur Erhebung einer Kerosinsteuer.
- 871 **Den Güterverkehr dekarbonisieren.** Der Güterverkehr nimmt immer weiter zu.
872 Gleichzeitig wächst der Anteil des Gütertransports auf der Straße, nicht aber auf der Schiene. Das
873 wollen wir umdrehen. Eine klimafreundliche Verkehrspolitik muss:
- 874 • die Lkw-Maut reformieren: Staffelung der Maut nach CO₂-Ausstoß sowie
875 Ausdehnung der Lkw-Maut auf alle Straßen und alle Lkw über 3,5 Tonnen,
 - 876 • schnell Güter von der Straße auf die Schiene bringen: dauerhafte Halbierung der
877 Trassenpreise, Ausbau der Schieneninfrastruktur,
 - 878 • den Transportbedarf und den Güterverkehr reduzieren durch regionale
879 Wirtschaftskreisläufe und Verlagerung des Restverkehrs auf umweltfreundliche
880 Verkehrsträger,
 - 881 • den gesamten Güterverkehr – auf Straße, Schiene, Wasser und in der Luft – auf
882 erneuerbare Energien umstellen; dazu bedarf es umfangreicher Forschungs- und
883 Markteinführungsförderung,

884 **Mit der Binnen- und Seeschifffahrt die Klimaziele einhalten.** Wir wollen:

- 885 • die Koordinierung und Konzeptionierung der Schifffahrt und der Häfen endlich in
886 eine verantwortliche zentrale Aufgabe des Bundes überführen, um die Klimaziele und
887 die Kapazitätsauslastung aller Häfen einzuhalten,
- 888 • klimafreundliche Antriebe zunächst auf EU-Ebene zum Standard machen,
- 889 • die Kreuzschifffahrt endlich Umweltstandards unterwerfen, denn diese gelten
890 dort bisher nicht
- 891 • mehr Güter von der Straße auf das Binnenschiff bringen, in dem wir zügig
892 marode Wasserstraßen umweltverträglich sanieren und ihren Erhalt und Modernisierung
893 langfristig sichern,
- 894 • schnell eine flächendeckende und verpflichtende Landstromversorgung in Häfen
aufbauen,
- 895 • die Flottenerneuerung und Modernisierung der Binnenschifffahrt unterstützen,
896 um schnell zu emissionsfreien Antrieben zu kommen,
- 897 • den Seeschiffsverkehr in den EU-Emissionshandel einbeziehen,
- 898 • verbindliche Emissionsminderungsziele für die Seeschifffahrt – möglichst global,
in
899 einem ersten Schritt jedoch von und zu Häfen in der Europäischen Union. Diese
900 Forderung hat Luxemburg bereits in den Rat der Mitgliedsstaaten eingebracht.

901 **Ausbildungs- und Forschungsoffensive.** Wir wollen:

- 902 • Die Forschung in Vernetzung und Digitalisierung von Verkehr darf nicht länger
903 vernachlässigt werden. Für neue Antriebe sowohl für Kraftfahrzeuge, für Schiffe
und
904 vor allem für Flugzeuge brauchen wir innovativen Forschungsgeist. Deutschland
hat die
905 Möglichkeit, zum globalen Spitzenreiter in diesem Sektor zu werden. Auch die
Forschung
906 in die Vermeidung von Ultrafeinstaub muss höhere Priorität genießen.
- 907 • Die Bundesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die Ausbildung von
Verkehrs- und
908 Stadtplaner*innen der klimafreundlichen Mobilität Rechnung trägt. Vorbilder sind
hier
909 unsere europäischen Nachbarn Niederlande und Dänemark.

910 **6d. Zukunftsfähige Industriepolitik**

911 Auch die Industrie muss einen deutlich stärkeren Beitrag zum Klimaschutz leisten als
bisher.

- 912 Die CO₂-Emissionen sind gerade hier in den vergangenen Jahren nicht gesunken – trotz
913 europäischem Emissionshandel. Digitalisierung und andere neue Technologien wie der
Einsatz
914 Künstlicher Intelligenz können helfen, ökologische Effizienz zu heben, die
Sektorenkopplung
915 effizient zu nutzen und die für eine ökologische Wende der Wirtschaft dringend
benötigten
916 Innovationen auszulösen. Wir gehen auf die energieintensiven Industrien und
Großverbraucher
917 von Energie zu, wie Stahl, Zement, Chemie, Papier, Aluminium, Glas, um gemeinsame
Maßnahmen
918 zur Dekarbonisierung zu beraten und umzusetzen. Eine dekarbonisierte Industrie wird
919 wettbewerbsfähiger sein als heute. Eine deutsche Industrie, deren Klimaneutralität ein
920 internationaler Wettbewerbsvorteil ist, sichert ihre Zukunft.
- 921 Dem entgegen steht aber aktuell der immense und stetig steigende Energiehunger
der digitalen
922 Transformation, der droht, zum Brandbeschleuniger der Klimakrise zu werden.
923 Effizienzsteigerungen im Energieverbrauch werden durch Rebound-Effekte mehr als
924 aufgefressen. Deshalb braucht es eine Suffizienzstrategie, die die Entwicklungen der
925 digitalen Transformation hinsichtlich ihres Ressourcenverbrauches sinnvoll begrenzt.
Zudem
926 wollen wir durch ein Bündel an Maßnahmen dazu beitragen, die Umweltbilanz digitaler
927 Technologien zu verbessern, etwa durch:
- 928 • Verpflichtung zur Nutzung der Abwärme von Rechenzentren,
 - 929 • Einführung von Benchmarks und Klassen des Energieverbrauchs bei Soft- und
Hardware und
930 Kennzeichnungspflicht der Energieverbrauchsklasse,
 - 931 • Verpflichtung für Einrichtungen der öffentlichen Hand und öffentlich geförderte
932 Projekte, ausschließlich daten- und energiesparende Soft- und Hardware zu
verwenden,
 - 933 • Ersetzen von Kupferkabeln durch Glasfaserverbindungen auch auf der letzten
Meile,
 - 934 • Einführung eines Right to Repair und einer Software Updategarantie für zehn
Jahre bei
935 allen Digitalgeräten,
 - 936 • Einrichtung von ressortübergreifenden Sonderprogrammen/-budgets für
innovative
937 digitale Projekte der öffentlichen Hand mit besonderem ökologischem Nutzen,
 - 938 • Implementierung des Aspekts Daten- und Energiesparsamkeit in Aus- und
Weiterbildung
939 von Anwendern und von Produkt- und Softwaredesignern, sowie der Förderung

und Beratung
von Start Ups.

940

941 Die wichtigsten industriepolitischen Rahmenbedingungen und innovationspolitischen
942 Förderinstrumente sind vor diesem Hintergrund:

- 943 • Investitionen in CO₂-freie Industrieprozesse tätigen: Stärkung des
Emissionshandels,
944 bessere Abschreibungsmöglichkeiten, Fördergelder für Modellprojekte, gezielte
945 Forschungsförderung,
- 946 • erneuerbare Energien zur Eigennutzung günstiger machen,
- 947 • zukünftige Förderung im Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz nur für den Einsatz von
948 Erneuerbaren,
- 949 • Anreize setzen: die bestehenden Regeln zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit
der
950 energieintensiven Industrie zielgenauer ausrichten und
Grenzausgleichsmaßnahmen
951 einführen, damit die Industrie vor möglichen Nachteilen im internationalen
Wettbewerb
952 mit Staaten ohne vergleichbare Klimaschutzpolitik geschützt bleibt. Gleichzeitig
soll
953 damit ein stärkerer Anreiz für die Industrie gegeben werden, in CO₂-freie
Technologien
954 zu investieren und CO₂-sparsame Werkstoffe einzusetzen,
- 955 • Investitionen in CO₂-freie Industrieprozesse ermöglichen: insbesondere in den
956 Bereichen Stahl, Chemie und Zement lohnen sich Investitionen in CO₂-freie
957 Industrieprozesse meist erst bei sehr hohen CO₂-Preisen, die das europäische
958 Emissionshandelssystem derzeit noch nicht abbildet. Damit sich solche
Investitionen
959 für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir den Unternehmen die
Differenz zwischen
960 dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten
erstatten, die
961 ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen
(„Carbon
962 Contract for Difference“),
- 963 • klimafreundliche Leitmärkte schaffen: Umstellung der gesamten öffentlichen
Beschaffung
964 auf klimafreundliche Produkte, Produktionsverfahren, Fahrzeuge, Immobilien;
Einsatz
965 recycelter Werkstoffe; europaweite klimaschützende Produktstandards einführen,
- 966 • Quoten festlegen: Um den Umbau der energieintensiven Unternehmen
planungssicherer zu
967 gestalten und perspektivisch finanzielle Förderung zu reduzieren, unterstützen
wir die

- 968 Vorschläge auf europäischer Ebene im Zuge des angekündigten Klimapaketes,
969 ansteigende
970 Quoten für klimaneutralen Stahl, Kunststoffe oder Zement in Autos oder auch
Windrädern
971 und Gebäuden festzulegen,
- 971 • die zentralen innovationspolitischen Förderinstrumente gezielt auf die
972 Bekämpfung der
973 Klimakrise ausrichten: Explizit klimafreundliche Innovationen werden bevorzugt
974 gefördert. Dies betrifft etwa die Startup-Förderung, die Forschungs- und
975 Entwicklungsförderung sowie die Innovationsförderung für den Mittelstand, die
976 wir
sozial-ökologisch ausrichten möchten, die Hightech-Strategie, die KI-Strategie
oder
die neue Agentur für Sprunginnovationen,
 - 977 • wir geben Planungssicherheit und senken die EEG-Befreiung der
978 energieintensiven
Industrien schrittweise. Dadurch senken wir die EEG-Umlage für alle anderen und
979 entlasten sofort Haushalte mit niedrigem Einkommen, kleine und
mittelständische
980 Betriebe und schaffen damit sozialen Ausgleich. So schaffen wir die Grundlage
für mehr
981 Investitionen in der energieintensiven Industrie,
 - 982 • Systeminnovationen für eine klimaneutrale Wirtschaft identifizieren und fördern,
zum
983 Beispiel durch die Ausdehnung von Förderformaten wie den Kopernikus-Projekten
(z.B.
984 Power-to-Gas) auf weitere Politikfelder wie Landwirtschaft und Verkehr,
 - 985 • die Vorgaben auf europäischer Ebene zur Kreislaufwirtschaft ausbauen: Durch
eine
986 verstärkte Kreislaufwirtschaft können die CO₂-Emissionen der vier wichtigsten
987 Industriesektoren (Kunststoff, Stahl, Aluminium und Zement) in Europa um die
Hälfte
988 reduziert werden,
 - 989 • klimaneutrale Kreislaufwirtschaft verankern: u.a. durch ein gesetzliches
990 Abfallvermeidungsziel für Verpackungsmüll von 110 Kilogramm pro Kopf bis
2030, durch
991 Ressourcenschonung und Recyclingfähigkeit von Produkten in der Ökodesign-
Richtlinie,
992 durch die Einrichtung eines Forschungsinstituts zur Förderung der
Kreislaufwirtschaft,
993 durch zunehmende Verpflichtung und Förderung zur Wiedereinspeisung von
Plastik in die
994 Kunststoffproduktion und mehr Transparenz über die energetischen Kosten über
den
995 gesamten Lebenszyklus.

996 **6e. Landwirtschaft klimafreundlich und klimafest machen**

997 Kein anderer Bereich ist so unmittelbar auf den Erhalt unserer Lebensgrundlagen
angewiesen
998 wie die Land- und Forstwirtschaft. Dieser Sommer hat erneut deutlich gemacht: Die
999 Landwirtschaft ist schon heute sowohl Leidtragende als auch Mitverursacherin der
Klimakrise
1000– und für uns auch ein Teil der Lösung. Unser Ziel ist ein klimaneutrales
1001Landwirtschaftssystem, in dem nicht nur klimaschädliche Gase reduziert werden,
sondern es zu
1002einer langfristigen Kohlenstoffbindung in Boden und Bäumen kommt.

1003Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine
Sackgasse für
1004Bäuerinnen und Bauern, für Umwelt und Klima führen. Das Motto ist „Wachse oder
weiche!“,
1005produziere also intensiver und billiger. Wir müssen dieses System grundsätzlich
ändern, so
1006dass ein umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt als
1007industrialisierte Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-
1008Agrarpolitik tun aber genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise
1009anzuheizen. Immer mehr Landwirt*innen erkennen, dass dieser Weg in die Sackgasse
führt.
1010Gemeinsam mit den Bäuer*innen wollen wir zu einer standortangepassten Tierhaltung
kommen.

1011Auch beim Ackerbau ist spätestens seit der Dürre 2018 klar, dass wir eine
Strategieänderung
1012brauchen. Wir wollen, dass Böden so bewirtschaftet werden, dass sie CO₂ speichern
und
1013Wetterextreme abpuffern. Und wir wollen darauf hinwirken, dass widerstandsfähige
1014Anbausysteme gefördert werden, um zukünftigen Wetterextremen besser trotzen zu
können, etwa
1015durch die Verbindung von Fruchtfolgen, die Verbesserung von Bodengesundheit und
Bodenschutz
1016oder Agroforstsysteme.

1017Unsere Ernährung trägt zu einem Fünftel zu unserer schlechten Klimabilanz bei. Vor
allem der
1018übermäßige Fleischkonsum ist hierfür verantwortlich. Global betrachtet verursacht die
1019Erzeugung tierischer Lebensmittel mehr Klimagase als der gesamte Verkehrsbereich.
Heute
1020wandert ein Drittel der weltweiten Getreideernte in die Futtertröge. Klar ist: Die
1021Produktion und der Konsum von Fleisch und anderen tierischen Produkten müssen
sinken,
1022Dumpingpreise der Vergangenheit angehören. Unser Ernährungssystem muss
umgebaut werden,
1023damit ökologische, regionale und gesunde Ernährung der leichte Weg sind. Vom
Kindergarten
1024über Schulen bis zu Krankenhäusern soll die Gemeinschaftsverpflegung
dementsprechend
1025umgestaltet werden, soll die Lebensmittelversorgung in der Stadt und auf dem Land

auf

1026 regionale Wertschöpfungsketten setzen und damit ihren Klimabeitrag leisten.

1027 Maßnahmen für eine klimagerechte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik:

1028 • Radikaler Umbau der EU-Agrarförderung (GAP) und Qualifizierung der Gelder der
1029 Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen qualifiziert und spätestens ab

1030 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden. Gefördert werden soll dann
nur

1031 noch eine klimagerechte und tier-, arten- und umweltschützende Landwirtschaft.
1032 Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen
1033 Systemwechsel in der EU-Agrarpolitik einzufordern. Wir müssen alle bestehenden
und

1034 sich durch die GAP-Reform ergebenden Möglichkeiten nutzen, um eine
klimagerechtere
1035 Landwirtschaft voranzubringen.

1036 • Ausweitung des Ökolandbaus bis 2025 auf mindestens 25 Prozent der Fläche:
Dafür wollen
1037 wir in den nächsten sieben Jahren eine Milliarde Euro Bundesmittel in den
Ökolandbau
1038 investieren.

1039 • Umbau der industriellen Tierhaltung in tierschutzkonforme Haltung: Die
Landwirtschaft
1040 soll ihre Tierhaltung tierschutz- und klimagerecht umbauen. Die Bestände sollen
dabei
1041 reduziert werden, der Tierbestand soll flächengebunden sein und bis 2030
maximal bei
1042 zwei Großvieheinheiten pro Hektar liegen, perspektivisch noch darunter.
Zusätzlich
1043 muss es Obergrenzen pro Standort, gerade auch für Geflügel, geben. Im
Gegenzug soll es
1044 eine Förderung für den Stallumbau geben. Damit reduzieren wir Methan- und
Lachgas-
1045 Emissionen und schützen Regenwälder vor Abholzung für europäischen
Fleischkonsum und -
1046 export. Diese Maßnahmen werden dazu führen, dass Fleisch teurer wird.

1047 • Tierhaltende Landwirt*innen, die die Tierhaltung aufgeben möchten, wollen wir
dabei
1048 unterstützen. Sie sollen vor Ort Beratung in Anspruch nehmen können und bei
der klima-
1049 und naturverträglichen Umnutzung der Flächen durch einen Bundesfonds
unterstützt
1050 werden.

1051 • Verbot von Importen von Futtermitteln und Palmöl von gerodeten Flächen bzw.
von
1052 Flächen, für die natürliche Ökosysteme zerstört wurden durch gesetzliche

- 1053 Regelungen im
1054 Rahmen des Waldaktionsplans auf EU-Ebene.
- 1055 • Stärkung des Anbaus heimischer, Eiweiß liefernder Futterpflanzen als Ersatz für
1056 Import-Soja.
 - 1057 • Anpassung des deutschen Düngerechts an die Anforderungen der EU-Kommission
1058 für Klima-,
1059 Natur- und Wasserschutz: Wir wollen vor allem für ohnehin belastete Gebiete
1060 neben
1061 einem verbesserten Düngemanagement die Menge an Düngemitteln, die
1062 ausgebracht werden
1063 darf, deutlich begrenzen. Um die tatsächlichen Düngermengen sicher zu
1064 erfassen, soll
1065 ein Meldesystem für den Handel mit Stickstoff- und Phosphordünger eingeführt
1066 werden.
1067 Wenn das Ordnungsrecht nicht zeitnah Erfolge erzielt, soll ab 2022 eine
1068 Stickstoffabgabe erhoben werden.
 - 1069 • Den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden sukzessive reduzieren und
1070 eine
1071 Pestizidabgabe einführen.
 - 1072 • Fördern von Permakultur: Sie bietet höchste Produktivität auf minimalem Raum
1073 und ist
1074 gut für Böden und Humus.
 - 1075 • Reduzierung der Fleischproduktion: Wir wollen über die Konsequenzen des
1076 Fleischkonsums
1077 aufklären und setzen uns für mehr Selbstverständlichkeit von vegetarischer und
1078 veganer
1079 Ernährung ein. Darum fördern wir ein größeres Angebot an vegetarischen und
1080 veganen
1081 Speisen in Schulen, Mensen und Kantinen. In allen öffentlichen Mensen und
1082 Kantinen,
1083 von Schulen über Krankenhäuser bis zu Behördenkantinen, muss es möglich sein,
1084 sich
1085 bezahlbar vollwertig vegan zu ernähren.
 - 1086 • Alternativen zu Fleisch aus pflanzlichen Zutaten werden künftig eine größere
1087 Rolle
1088 spielen. Die Weiterentwicklung solcher Alternativen halten wir für richtig und
1089 wichtig, denn sie eröffnen eine Perspektive, tierisches Eiweiß ohne Tierleid,
1090 Nitratbelastung und mit deutlich geringerer Klimabelastung herzustellen. Dies ist
1091 zudem ein Weg, um die Tierbestände zu reduzieren, die Tierhaltung zu
1092 verbessern und
1093 die Landwirtschaft zu extensiveren.
 - 1094 • Förderung regionaler Produktion: Bei der Art und Weise, wie wir uns ernähren,
1095 setzen
1096 wir auf regionale Versorgungsstrukturen und Wertschöpfungsketten in der Stadt,
1097 auf dem

- 1081 Land und in der Gemeinschaftsverpflegung. Zugleich entwickeln wir nachhaltige
1082 Ernährungsstrategien, worüber auch der Ausbau des Ökolandbaus unterstützt
wird.
- 1083 • Eindämmen von Lebensmittelverschwendung: Bis 2030 muss die
1084 Lebensmittelverschwendung
halbiert werden – das ist eines der internationalen Nachhaltigkeitsziele. Um das
1085 zu
erreichen, brauchen wir verbindliche Reduktionsziele für alle Stufen der
1086 Wertschöpfungskette und einen gesetzlichen Wegwerfstopp für Supermärkte und
1087 Lebensmittelproduzent*innen. Für lang haltbare Lebensmittel wie Nudeln oder
1088 Hülsenfrüchte wollen wir das Mindesthaltbarkeitsdatum aufheben. Handels- oder
EU-
1089 Normen, die dazu führen, dass zu kleines oder unförmiges Obst und Gemüse gar
nicht
1090 erst die Supermarktregale erreicht, wollen wir abschaffen, Lebensmittelpenden
1091 erleichtern und Containern straffrei machen.

1092 **Wälder schützen...**

- 1093 Wir brauchen Wälder, die der Klimakrise besser trotzen und dabei aktiven Klimaschutz
1094 betreiben. Sie sind unverzichtbar für den Klimaschutz. Der Aufbau eines naturnahen,
gesunden
1095 Waldes kann viele Millionen Tonnen CO₂ binden, bei nachhaltiger Nutzung des Holzes
auch
1096 dauerhaft. Aktuell ist der Wald von der Klimakrise bedroht, das liegt auch an den
Fehlern
1097 der Vergangenheit. Statt auf schnell wachsende Nadelholzplantagen zu setzen,
brauchen wir
1098 jetzt naturnahe Mischwälder mit standortheimischen Baumarten. Durch den
Dürresommer 2018 und
1099 die Hitzeperioden dieses Jahres erleben wir ein neues Waldsterben. Die Waldpolitik
muss
1100 daher auf allen Ebenen umsteuern:
- 1101 • Umwandlung von Holzplantagen in naturnahe Wälder vorantreiben und
ökologische
1102 Bewirtschaftung gesetzlich festlegen und fördern und den Erhalt sowie die
Erhöhung des
1103 Anteils alter Bäume mit Fördermaßnahmen erreichen,
- 1104 • Waldzukunftsfonds von einer Milliarde Euro für die nächsten Jahre als erste
1105 Finanzspritze für den kranken Wald einführen; Förderung immer nach dem Prinzip
1106 „öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“ ausgeben,
- 1107 • Wiederbewaldung mit standortangepassten, heimischen Baumarten auf
zerstörten

- 1108 Waldflächen, in Auen und Niederungen fördern mit Vorrang der Nutzung der
1109 Naturverjüngungs- und Naturaufwuchspotentiale,
- 1110 • Ziele der UN-Declaration of Forests umsetzen,
- 1111 • Fünf Prozent, perspektivisch zehn Prozent Wildnis- und Naturwaldflächen im
1112 öffentlichen Wald bundesweit festschreiben, eine vergleichbare Größenordnung
1113 Förderung im Privatwald anstreben,
- 1114 • Die wertvolle Ressource Holz muss effizient und nachhaltig genutzt werden, auch
1115 um zu vermeiden, dass es zu vermehrtem Import von Hölzern kommt. Deshalb müssen
1116 der Verbrauch von Frischfasern und der Holzverbrauch für Paletten/Verpackungen in
1117 der Industrie stark reduziert werden. Dafür wollen wir die Kaskadennutzung fördern,
1118 in der Holznutzung für langlebige Produkte wie für den Bau und für Möbel an erster
1119 Stelle steht. Erst ganz am Ende einer Nutzungskette sollten kurzlebige Holz- und
1120 Papierprodukte entstehen oder Holz als Energieträger verbrannt werden. Die
1121 Nutzung von landbasierter Biomasse für energetische Zwecke darf nicht weiter ausgebaut
1122 werden. Die direkte Verbrennung von Frisch-Holz darf nicht weiter gefördert werden und muss
1123 zurückgehen. Heizungen mit Holz (fester Biomasse) müssen mit wirksamer
1124 Emissionsminderungstechnik entsprechend dem Stand der Technik (z.B.
1125 Partikelabscheider) ausgestattet sein, um negative Effekte auf die Luftqualität zu
1126 vermeiden.
- 1127 • Kohlenstoffsенke des Waldes erhalten durch Ausweisung von Naturwäldern
1128 verbunden mit einer Anpassung des jährlichen Holzeinschlags und der Förderung von
1129 Waldflächen mit natürlicher Waldentwicklung, um Anpassungsprozesse an die Klimakrise zu
ermöglichen.
- 1130...und Moore auch.
- 1131 Entwässerte Moore setzen Klimagase frei. Besonders landwirtschaftlich genutzte
Moorböden,
1132 die zwar nur sieben Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands
ausmachen,
1133 emittieren 37 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft.
Moorschutz
1134 würde daher auf die Fläche gerechnet überproportional hohe Einsparungen in den
1135 Treibhausgasen bedeuten. Daher ist Moorschutz wichtig und notwendig.
- 1136 • Moore renaturieren: Die schnelle Wiedervernässung von Mooren ist von
1137 überproportionalem Nutzen zur Einsparung von Treibhausgasen. Deshalb starten
wir ein

- 1138 gemeinsames großflächig wirksames Moorrenaturierungsprogramm von Bund
und Ländern und
1139 stoppen den Umbruch, die Entwässerung und die Zahlung von
Agrarsubventionen für die
1140 Bewirtschaftung entwässerter Moorböden ab 2021.
- 1141 • 50 Prozent des entwässerten Waldes sollen bis 2030 wiedervernässt werden.
 - 1142 • Für alle bundeseigenen Moorflächen muss die Entwässerung sofort gestoppt
werden.
 - 1143 • Paludikultur, also die landwirtschaftliche Nutzung nasser Hoch- und Niedermoore,
1144 wollen wir als Landwirtschaft anerkennen und in die Agrarförderung aufnehmen.
Dazu
1145 starten wir ein Investitionsprogramm und eine Klimaschutz-Flächenprämie.
 - 1146 • Aus der Gewinnung von Torf wollen wir aussteigen und Torf durch erneuerbare
1147 Alternativen ersetzen.

1148 **6f. Green Finance**

1149 Der Finanzsektor ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Mit einer breit angelegten
Strategie
1150 sorgen wir dafür, dass Anlagekapital in Zukunft Klimaschutz statt Klimazerstörung
1151 finanziert:

- 1152 • Alle Akteure – Banken, Versicherungsunternehmen und Rating-Agenturen –
müssen Risiken,
1153 die sich aus nicht nachhaltigen Investitionen ergeben, konsequent
berücksichtigen. So
1154 können Unternehmen, die Menschenrechte verletzen oder den Klimazielen von
Paris
1155 zuwider arbeiten, von den Anleger*innen auf den Finanzmärkten abgestraft
werden. Das
1156 heißt für sie höhere Zinsen und schlechterer Zugang zu Kapital.
1157 Nachhaltigkeitskennziffern müssen in der Berichterstattung regelmäßig
offengelegt
1158 werden.
- 1159 • Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der
Bewertung
1160 durch Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum
Beispiel
1161 durch Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen oder durch Aufschläge
bei
1162 Eigenkapitalanforderungen zu Finanzierungen, die hohe Klima- und Umweltrisiken
bergen.
- 1163 • Damit Kleinanleger*innen von der grünen Finanzwende profitieren und ihr Geld
mit gutem
1164 Gewissen anlegen können, brauchen wir ein EU-Label für nachhaltige
Finanzprodukte mit

- 1165 starken ökologischen und sozialen Standards. Anhand eines einfachen
1166 Klassifizierungssystems und klarer Standards für Grüne Anleihen können
Anleger*innen
1167 sich einfach über den Grad der Nachhaltigkeit ihrer Geldanlage informieren. Auch
1168 werden sie bei jedem Beratungsgespräch verpflichtend gefragt, wie
1169 Nachhaltigkeitskriterien in ihren Anlagen berücksichtigt werden sollen.
- 1170 • Die Europäische Zentralbank muss ebenfalls ihren Beitrag zum Klimaschutz
leisten. Als
1171 Sicherheiten sollte sie nur noch Vermögenswerte akzeptieren, die mit unseren
1172 Klimaschutzzielen konform sind.
 - 1173 • Auch für die öffentliche Hand brauchen wir endlich neue Anlagerichtlinien. Die
1174 Pensionen für die Beamten oder auch für die Beschäftigten der Bundesagentur
für Arbeit
1175 müssen nach Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden. Der
Bund kann
1176 dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür muss er
seine
1177 Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des
Klimas
1178 machen, beenden (Divestment).

1179 **7. Klimaschutz in Bildung und Wissenschaft**

- 1180 Wissenschaftliche Erkenntnisse sind für uns Grundlage politischer Entscheidungen. Sie
kommen
1181 aus allen Bereichen: Geistes-, Sozial-, Human-, Wirtschafts- und Naturwissenschaften.
Sie
1182 zeigen Lösungsansätze und Entscheidungsalternativen für große gesellschaftliche
Probleme,
1183 wie zum Beispiel den menschengemachten Klimawandel, auf. Aktuelle Studien, wie
zum Beispiel
1184 zum Schmelzen der Permafrostböden, zeigen, dass die Klimakrise bereits weiter
1185 fortgeschritten ist als bisher angenommen. Der notwendige Weg, die globale Erhitzung
zu
1186 begrenzen, erfordert gesellschaftliche Auseinandersetzung, deren wissenschaftliche
1187 Begleitung sowie eine „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE).
1188 Ernährungssicherheit, Bevölkerungswachstum oder Energiewende: keine globale
Herausforderung
1189 lässt sich losgelöst von der Klimafrage bearbeiten. Die Gestaltungsaufgaben für eine
globale
1190 Nachhaltigkeitstransformation sind dabei weder rein wissenschaftlich-technologischer
noch
1191 rein gesellschaftlicher Natur. Daher brauchen wir Forschung und Bildung, die Ansätze
aus
1192 allen Disziplinen zusammenführt, um die Systemfragen und die Schnittstellen
zwischen Klima,
1193 Biosphäre und sozio-ökonomischer Entwicklung zu bearbeiten.

- 1194 Gleichzeitig entbindet die Dringlichkeit der ökologischen Krisen uns nicht davon,
1195 genau
1196 hinzuschauen und mögliche Risiken und Konsequenzen im Blick zu haben, wie schon
1197 bei der
1198 Atomenergie, deren Gefahren und lange Strahlung jedes verantwortbare Maß
1199 menschlicher
1200 Verantwortung überschreiten, oder bei der Freisetzung von gentechnisch veränderten
1201 Organismen. Wir werden alle Optionen am Vorsorgeprinzip und dem Prinzip der
1202 Umkehrbarkeit
1203 messen: Was kurzfristig hilfreich erscheint, ist untauglich, wenn es in der Folge neue
1204 Probleme schafft. Was Folgen mit sich bringt, die nicht wieder rückgängig gemacht
1205 werden
1206 können, ist nicht der richtige Weg, denn er nimmt zukünftigen Generationen die
1207 Freiheit.
1208 Daraus leiten wir die folgenden Forderungen ab:
- 1209 • Klimagerechtigkeit muss in allen Bildungsinstitutionen (Kitas, Schulen,
1210 Erwachsenenbildungseinrichtungen, berufliche Fort- und Weiterbildung,
1211 Hochschulen
1212 etc.) und non-formalen Bildungsorten auf allen Ebenen besser verankert werden. Die
1213 Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans Bildung für Nachhaltige Entwicklung
1214 müssen zügig
1215 umgesetzt werden. Wichtig ist auch Menschen die Ziele einer nachhaltigen
1216 Entwicklung
1217 (Sustainable Development Goals – SDGs) zu vermitteln. Ausgehend von der
1218 zeitlich
1219 bedingten Notwendigkeit, muss Bildung für nachhaltige Entwicklung deshalb im
1220 gesamten
1221 Bildungs- und Wissenschaftssystem maßgeblich das Grundverständnis, die
1222 Strukturen,
1223 Inhalte und Ziele bestimmen.
 - 1224 • Wir wollen Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in die
1225 landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung aufnehmen, z. B. durch vertiefende
1226 Lehre in
1227 der Bodenbiologie. Den Ökolandbau wollen wir in vollem Umfang in die Lehre an
1228 Hochschulen und in die landwirtschaftliche Ausbildung integrieren und Forschung
1229 an
1230 klimapositiver Landwirtschaft stärker fördern.
 - 1231 • Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, brauchen wir in erheblichem Umfang
1232 negative
1233 Emissionen, d.h. wir müssen Kohlendioxid aus der Atmosphäre zurückholen. Das
1234 gelingt
1235 zum einen durch die Speicherung von CO₂ in den Böden und Wäldern, zum
1236 anderen durch
1237 neue Technologien. Solche, die in die biogeochemischen Prozesse der Erde
1238 eingreifen,
1239 lehnen wir ab. Bei der Forschung und Erprobung von Geoengineering müssen

- sich alle
1222 Optionen an den Prinzipien der Vorsorge und der Umkehrbarkeit messen lassen.
- 1223 • Für ein noch besseres Verständnis der ökologischen Herausforderungen braucht
1224 es unter
1225 anderem Klima-, Energie-, Vulnerabilitäts-, Klimanpassungs- und
1226 Akzeptanzforschung,
1227 Forschung zur Zukunft der Arbeit sowie unterschiedlichen Ansätzen in der
1228 Wirtschaft
1229 und zur Überwindung der „Wissens-Verhaltens-Lücke“.
- 1227 • Wir brauchen insgesamt mehr Vielfalt in allen Wissenschaftsbereichen. Dabei ist
1228 es für
1229 uns zentral, dass die Wissenschaft frei und unabhängig von
1230 Verwertungsinteressen
1231 bleibt. So müssen zum Beispiel einige Bundeszuwendungen verstetigt werden.
1232 Anderenfalls werden unvorhersehbare, kreative Ideen und interessanter Dialog
1233 verloren
1234 gehen.
- 1232 • Wir wollen bestehende Grenzen zwischen den Wissenschaftsfeldern aufbrechen
1233 und trans-
1234 und interdisziplinäre Zusammenarbeit unterstützen, auch in Zusammenarbeit mit
1235 der
1236 Zivilgesellschaft. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, gemeinsame Forschung
1237 mit
1238 Anwohner*innen sowie lokalen Initiativen in Reallaboren zu ermöglichen.
- 1236 • Öffentlich finanzierte Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben schon
1237 immer einen
1238 Vorbildcharakter gehabt, was nachhaltige Entwicklung betrifft. Sie müssen durch
1239 klimagerechte Maßnahmen insbesondere bei Mobilität, eigenem Energiekonsum,
1240 Gebäude und
1241 Beschaffung bis spätestens 2030 klimaneutral sein.

1240 **8. Mit Klimaschutz dem ländlichen Raum eine Zukunft geben**

1241 Das fossile Zeitalter war mit einem Versprechen neuer Freiheit für den ländlichen
1242 Raum
1243 verbunden, das sich nicht erfüllt hat. Denn mit dem Siegeszug des Automobils ging ein
1244 Rückzug der Angebote alltäglicher Infrastruktur aus der Fläche einher: Immer weitere
1245 Wege
1246 zur Arbeit, zu Gesundheitsversorgung, Banken, zum Einkauf, zu Behörden oder
1247 Freizeitangeboten. Alternativen zum Auto wurden zurückgebaut. Vor allem durch den
1248 Rückzug
1249 der Bahn aus der Fläche ist der Nahverkehr vielerorts nicht mehr konkurrenzfähig.
1250 Kommunikationsorte wie Gastwirtschaften gehen verloren, Dorfkerne veröden, die
1241 Gewinnung von
1242 Arbeitskräften und Auszubildenden scheitert oft am hohen Aufwand für Mobilität. Die
1243 Abhängigkeit vom Auto und der Rückzug der Infrastruktur aus der Fläche haben dem
1244 Land nicht
1245 gut getan. Beides schließt alte ebenso wie junge oder Menschen mit geringem

Einkommen von
1251 einem Teil des Lebens aus.

1252 Die Energiewende bietet große Chancen für mehr Wertschöpfung auf dem Land. Die
1253 Mobilitätswende bietet große Chancen auf eine Wiederbelebung der öffentlichen
Räume und auf
1254 mehr Unabhängigkeit vom eigenen Auto. Die Wende in Land- und
Ernährungswirtschaft eröffnet
1255 die Chance auf eine Wiederbelebung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die Klimakrise
ist
1256 schon jetzt auf dem Land besonders zu spüren durch Trockenheit, Wassermangel,
Brände,
1257 Bodenerosion oder das Absterben unserer Wälder.

1258 Der Wandel zu einer klimaneutralen Gesellschaft wird jedoch nur gelingen, wenn alle
Menschen
1259 auf diesem Weg mitgenommen werden. Wir müssen das Auseinanderdriften der
Regionen stoppen,
1260 das Gefälle zwischen Stadt und Land darf nicht noch größer werden. Deshalb muss
Klimapolitik
1261 sozial ausgewogen sein und auf die Unterschiede zwischen Ballungsräumen und dem
Land
1262 Rücksicht nehmen. Wenn wir es richtig machen, wird Klimaschutz zu einer Stärkung
des
1263 ländlichen Raums führen.

1264 Ein relevanter Teil der Landbevölkerung lebt mit geringen oder durchschnittlichen
Einkommen
1265 in größerem Wohneigentum, heizt mit Öl oder Gas und ist für Teilhabe und die
Grundversorgung
1266 fast vollständig auf das eigene Auto angewiesen, darunter überdurchschnittlich viele
ältere
1267 Menschen. Die einzelnen Bürger*innen sind davon abhängig, dass ihnen öffentlicher
Nahverkehr
1268 in einer zumutbaren Qualität zu bezahlbaren Tarifen bereitgestellt wird.

1269 Die Anschaffung von emissionsfreien Autos, die energetische und barrierefreie
Sanierung von
1270 Wohnhäusern und die Umstellung von alten Ölheizungen erfordern erhebliche
Investitionen.
1271 Trotz hoher Förderungen ist das nicht für alle ohne weiteres zu stemmen. Daher gehen
wir
1272 neue Wege und schaffen Wahlmöglichkeiten:

- 1273 • Der Ausbau von Alternativen zum Auto auf dem Land hat Priorität:
Vergleichsweise
1274 schnell zu reaktivierende Bahntrassen können zum Rückgrat für einen attraktiven
und
1275 bezahlbaren öffentlichen Verkehr werden. Die Digitalisierung bietet gerade für
das
1276 Land Chancen auf ganz neue Mobilitätsangebote: Flexible Rufsysteme, die
Integration
1277 des Taxis und von Mitfahrgelegenheiten in den öffentlichen Nahverkehr sowie

Angebote

1278 für die letzte Meile von der Haltestelle bis zur Haustür werden damit leichter
1279 zugänglich.

- 1280 • Neue Lösungen für den Individualverkehr: Die Digitalisierung erleichtert den
1281 Aufbau
1282 von Sharing-Angeboten für E-Autos, leichte Fahrzeuge und E-Bikes. So können wir
1283 die
1284 Haushalte von den hohen Kosten für die Haltung oft mehrerer Kraftfahrzeuge
1285 entlasten.
1286 Die Entwicklung und Förderung solcher Angebote jenseits des klassischen
1287 Nahverkehrs,
1288 die sich auf dem Land – anders als in Ballungsräumen – nicht ohne weiteres
1289 wirtschaftlich rechnen, gehört für uns zur Daseinsvorsorge.
- 1286 • Den Wohnungsbestand zukunftsfest machen: Wir werden gezielte Programme für
1287 die
1288 Sanierung des Eigenheimbestands auf dem Land entwickeln, die neue
1289 Finanzierungsmodelle
1290 für Härtefälle und systematische Unterstützung bei der Umsetzung der Sanierung
1291 verbinden.
- 1290 • Wir wollen faire Bedingungen und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und
1291 Land
1292 und die dafür notwendigen Kompensationsmaßnahmen aufgrund der räumlich
1293 unterschiedlichen Auswirkungen der CO₂-Bepreisung prüfen und auf den Weg
1294 bringen.

1293 Wir verringern den Zwang zu Mobilität:

- 1294 • Neben der Art der Mobilität wollen wir vor allem die Chancen der Digitalisierung
1295 zur
1296 Vermeidung von Verkehr nutzen, etwa durch ein Recht auf Homeoffice, durch die
1297 Vermeidung von Dienstreisen durch Telefonkonferenzen oder den Ersatz von
1298 Behördengängen durch digitale Angebote der Verwaltung.
- 1298 • Um regionale Wirtschaftskreisläufe wieder zu beleben und die Ernährungswende
1299 umzusetzen, sind kleine, regionale Lebensmittelverarbeiter wie Mühlen,
1300 Bäckereien oder
1301 Brauereien unverzichtbar. Die kleinen Betriebe der Nahversorgung wollen wir mit
1302 Entlastung von Regulierung, die für die Großindustrie geschaffen wurde, und
1303 speziellen
1304 Fördermaßnahmen für beispielsweise moderne energieeffiziente Anlagen bei der
1305 Transformation hin zu CO₂-neutralen Betriebsprozessen unterstützen.
- 1304 • Wir wollen den Rückzug der Alltagsinfrastruktur wie Behörden,
1305 Gesundheitsversorgung,
1306 Banken und Kultureinrichtungen aus dem ländlichen Raum stoppen. Dazu gehört
1307 die
1308 Förderung mobiler Infrastruktur für solche Dienstleistungen in der Fläche, um die
1309 Notwendigkeit für individuelle Mobilität zu reduzieren.

1308 **9. Soziale Maßnahmen für gerechten Klimaschutz**

1309 Unter den Auswirkungen der Klimakrise leiden Menschen mit geringen Einkommen
mehr als
1310 Menschen mit hohen. Daher ist Klimapolitik immer auch Sozialpolitik. Zugleich ist klar,
dass
1311 Preiserhöhungen sozial ausgewogen sein müssen. Wir wollen den Klimaschutz als
Gesellschaft
1312 gemeinsam und fair miteinander gestalten und die Auswirkungen der klimapolitischen
Maßnahmen
1313 auf soziale Bedingungen, auf die Verteilung der Einkommen, der Vermögen und der
Chancen in
1314 unserem Land regelmäßig analysieren, um im Bedarfsfall weitere konkrete
Maßnahmen zu
1315 entwickeln. Die notwendige Transformation der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn sie

1316 ökologisch und gleichzeitig sozial ist. Die ökologische Frage ist auch immer eine
soziale
1317 Frage.

1318 Der Klimaschutz wird in zahlreichen Branchen zu einem Strukturwandel führen. Wir
wollen die
1319 klimapolitischen Maßnahmen durch eine aktive und vorausschauende Industrie-,
Arbeits- und
1320 Sozialpolitik begleiten. Für besonders betroffene Branchen wollen wir mit
Wissenschaft,
1321 Gewerkschaften und Unternehmensverbänden Transformations- und Ersatzstrategien
entwickeln.
1322 In besonders betroffenen Regionen streben wir frühzeitig gezielte strukturpolitische
1323 Maßnahmen an, um vor Ort neue Arbeitsplätze zu schaffen.

1324 Wir stellen sicher, dass die Menschen von ökologisch-sozialer Modernisierung
profitieren:

- 1325 • Aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung finanzieren wir jährlich ein Energiegeld,
das
1326 alle Einwohner*innen am Jahresanfang erhalten. Es steigt mit dem CO₂-Preis an.
Da
1327 Menschen mit niedrigem Einkommen in der Regel weniger CO₂ produzieren,
profitieren sie
1328 überdurchschnittlich davon. Die über die Absenkung der Stromsteuer
hinausgehenden
1329 Einnahmen der CO₂-Bepreisung schütten wir vollumfänglich aus. Dieses
Energiegeld
1330 erhält jede*r in derselben Höhe und es wird nicht auf Transferleistungen
angerechnet.
1331 Außerdem führen wir ein wirksames Monitoring über die sozialen Folgen der
1332 Klimamaßnahmen ein. Wir wollen den Sozialstaat so besser machen, soziale
Härten sollen

- 1333 vermieden werden, denn ökologischer und sozialer Aufbruch können Hand in Hand gehen.
- 1334 • Kaufpreisprämien müssen in niedrigeren Preissegmenten höher sein als in
1335 teureren Preissegmenten.
- 1336 • Wir wollen Energiearmut in Deutschland bekämpfen und Stromsperrern
1337 verhindern, von denen besonders häufig Menschen mit geringem Einkommen oder in schwierigen
1338 Lebenslagen betroffen sind. Wo Menschen mit geringem Einkommen keinen Einfluss auf die
1339 energetischen Zustand ihrer Wohnung haben, weil sie weder die Sanierung durchsetzen
1340 können noch eine Auswahl am Wohnungsmarkt haben, wird ein Klimazuschuss zum Wohngeld
1341 in einer Übergangsphase auch bei einem schlechten energetischen Zustand des
1342 Wohngebäudes gewährt.
- 1343 • Bei der Gebäudesanierung wollen wir ein Klimawohngeld einführen und so für
1344 Mieterinnen und Mieter mit kleinem Einkommen warmmietneutrale Modernisierungen ermöglichen.
- 1345 • Gute Bezahlung und gerechte Entlohnung bilden mit die Basis für ökologische
1346 Kaufentscheidungen. Wir wollen das Tarifvertragssystem stärken, den Mindestlohn
1347 erhöhen, Wege aus den Minijobs und dem Niedriglohnsektor ebnen und eine bessere
1348 Bezahlung der sozialen Berufe durchsetzen.
- 1349 • Beim Strukturwandel wollen wir die Beschäftigten unterstützen. Weiterbildung
1350 und Qualifizierung sind dabei entscheidend. Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung
1351 einführen, die Beratung vor Ort verbessern und vernetzen sowie eine sozial gerechte
1352 Weiterbildungsförderung schaffen. Die Arbeitslosenversicherung wollen wir zu einer
1353 Arbeitsversicherung weiterentwickeln.
- 1354 • Um Beschäftigte zu unterstützen, die aufgrund eines klimaschutzbedingten
1355 technologischen Wandels absehbar neue Qualifikationen benötigen, schlagen wir ein
1356 Klimaqualifizierungsgeld vor. Dies kommt insbesondere solchen Unternehmen zugute, die
1357 auf Grund ihrer Größe und ihres Umsatzes nicht ohne weiteres einen eigenen
1358 Qualifizierungsfonds einrichten können. Voraussetzung für den Bezug des
1359 Klimaqualifizierungsgeldes ist ein gemeinsam zwischen den Betriebspartnern erstellter
1360 Business- und Qualifizierungsplan, der klar regelt, welche Maßnahmen für den
1361 Klimaschutz getroffen und welche Qualifikationen durch die Beschäftigten

erworben
werden müssen.

- 1362
- 1363 • Für Regionen, die besonders von der Transformation betroffen sind, braucht es
1364 gezielte
1365 Hilfe. Daher unterstützen wir den „Just Transition Fund“ auf EU-Ebene und wollen
1366 die
1367 beihilferechtlichen Vorgaben in Sinne gerechter Transformation weiter entwickeln.
- 1368 • Um soziale Härten im Zuge des Kohleausstieges zu vermeiden, müssen im
1369 Kohleausstiegsgesetz bzw. im Strukturstärkungsgesetz arbeitsmarkt- und
1370 qualifizierungspolitische Maßnahmen sowohl für die direkt als auch für die in der
1371 Zuliefererindustrie indirekt vom Braunkohleausstieg betroffenen Beschäftigten
1372 enthalten und mit entsprechenden Finanzmitteln hinterlegt sein. Zugleich
1373 müssen die
1374 Vorbereitungen zur nachhaltigen sozialen Absicherung älterer Beschäftigter,
1375 insbesondere in Form des Anpassungsgeldes, gerade auch im Haushalt
1376 unverzüglich
1377 eingeleitet werden.
- 1378 • Wir müssen sicherstellen, dass Menschen nicht zum Arbeiten verpflichtet werden,
1379 wenn
1380 sie durch extreme Hitze ihre Gesundheit und ihr Leben gefährden. Deswegen
1381 wollen wir
1382 für hitzebedingte Arbeitsausfälle ein Hitzegeld einführen, das den Beschäftigten
1383 60
1384 Prozent ihres Nettogehaltes garantiert.
- 1385 • Alle Menschen sollen Zugang zu bezahlbarer Mobilität haben. Bahn und ÖPNV
1386 sind
1387 Bereiche der Daseinsfürsorge. Der Umstieg auf ÖPNV und Bahn muss attraktiver
1388 werden
1389 durch günstige Preise, einfache Abwicklung und bequeme Verknüpfung mit P+R
1390 für Fahrten
1391 aus entlegenen Gebieten. Über Sozialtickets und unseren Mobilpass sorgen wir
1392 dafür,
1393 dass Bahnfahren und ÖPNV gerade für Menschen mit niedrigen Einkommen
1394 bezahlbar sind.
- 1395 • Wir wollen die Stromkostenpauschale aus dem Hartz-IV-Regelsatz herauslösen
1396 und
1397 jährlich dynamisieren, sodass Kostensteigerungen beim Strompreis nicht zu einer
1398 Unterdeckung des Regelsatzes führen. Weitere Kostensteigerungen, die sich aus
1399 dem
1400 Klimaschutz ergeben, müssen in die Anpassung der Sätze miteinbezogen
1401 werden. Menschen,
1402 die keine weitere Belastung schultern können, dürfen auch nicht stärker belastet
1403 werden.

1389 **10. Anpassung an das Unvermeidbare**

1390 Anpassung ist keine Alternative zur Minderung von Treibhausgasen. Jedes Zehntel
Grad
1391 Erderwärmung macht einen Unterschied, wie heftig die Auswirkungen der Klimakrise
in den
1392 nächsten Jahrzehnten sein werden. Daher kommt es auch auf jede eingesparte Tonne
CO₂ an.
1393 Doch auch bei einer Begrenzung der globalen Erhitzung auf deutlich unter zwei Grad,
selbst
1394 bei 1,5 Grad werden die Auswirkungen der Klimakrise deutlich spürbar sein. Eine
Anpassung
1395 daran ist unvermeidlich. Die Zunahme der Extremwetterereignisse wie Dürren oder die

1396 Extremniederschläge der vergangenen Jahre haben gezeigt, worauf wir uns einstellen
müssen.

1397 Zur Abmilderung der Auswirkungen der Klimakrise und zur Bewältigung des
Unvermeidbaren
1398 braucht Deutschland einen Aktionsplan, der Klimaschutz und Klimaanpassung
miteinander
1399 verbindet. Damit werden Menschen, Städte, Umwelt und Natur widerstandsfähiger
gegen die
1400 Folgen der Klimakrise gemacht und können einen größeren Beitrag zur Minimierung
der
1401 Klimakrise leisten. Im Zentrum dabei steht für uns ein nationaler
Klimafolgenanpassungsfonds
1402 in Höhe von zwei Milliarden Euro, mit denen wir die schlimmsten Auswirkungen der
Klimakrise
1403 begrenzen wollen. Folgende Schritte sind aus unserer Sicht schon jetzt unerlässlich:

- 1404 • Beim Städte- und Wohnungsbau müssen wir für Hitzeschutz sorgen. Schon heute
liegen die
1405 Temperaturen in Großstädten wie Köln, Stuttgart oder Berlin im Sommer teilweise
zehn
1406 Grad über denen des Umlandes. Menschen können nächtelang nicht schlafen und
arbeiten
1407 in klimatisierten Räumen. Wir brauchen einen Städte- und Wohnungsbau, der die
1408 Entwicklungen der Klimakrise berücksichtigt. Statt Betonwüsten braucht es mehr
Bäume,
1409 Wasser- und Grünflächen sowie Frischluftschneisen in unseren Städten, denn sie
wirken
1410 wie Klimaanlage. Wir streben eine Flächenkreislaufwirtschaft an, indem wir
1411 verbindliche Budgets für die Neuversiegelung von Flächen definieren und auf die
1412 Kommunen herunter brechen. Jede Neuinanspruchnahme als Siedlungs- und
Verkehrsfläche
1413 muss von Ausgleichsmaßnahmen im Umfeld begleitet sein, wobei die entsiegelte
Fläche
1414 nicht kleiner als die neu versiegelte sein darf und vier junge Bäume einen alten
Baum
1415 ersetzen. Den Kommunen wollen wir Instrumente in die Hand geben, um bei
1416 Neuversiegelungen im Umfeld Ausgleichsmaßnahmen wie Entsiegelungen und
Baumpflanzungen
1417 durchzusetzen, etwa durch städtebauliche Verträge mit Bauträgern. Mit

finanziellen

1418 Mitteln müssen Projekte für mehr Stadt- und Fassadenbegrünung,
Schattenflächen,
1419 Häuserdämmung sowie Kühlung durch Kältespeicher und erneuerbar betriebene
Wärmepumpen
1420 in den Wohnungen, aber auch begrünte Fassaden und hellerer Straßenbelag
gefördert
1421 werden. Das ist gut für die Gesundheit der Menschen, die Luft und das Klima.

1422 • Um unsere Städte fit für die Klimakrise zu machen, wollen wir sie zu
Schwammstädten
1423 umbauen. So wird das Regenwasser gespeichert, wo es anfällt, um es in
Trockenperioden
1424 zu nutzen. Damit werden wertvolle Ressourcen geschützt und die Infrastruktur an
immer
1425 extremere Starkwetterereignisse angepasst.

1426 • Wir wollen Betroffene entschädigen. Derzeit sind nur 40 Prozent der Häuser in
1427 Deutschland gegen Elementarschäden versichert und gerade in den von
Hochwasser
1428 gefährdeten Gebieten werden Versicherungen gar nicht mehr angeboten oder
sind kaum
1429 finanzierbar. Neben angemessenen Versicherungslösungen für die Betroffenen ist
ein
1430 zusätzlicher Fonds für unbürokratische und zügige Entschädigungszahlungen
aufzulegen
1431 für Menschen, deren Existenz bedroht ist. Zudem sollen regionale Landkarten
erstellt
1432 werden, auf denen absehbare Gefährdungslagen kartiert sind. Die Ausweisung
von
1433 Neubaugebieten in Überschwemmungsgebieten werden wir beenden.

1434 • Wir wollen den Gesundheitsschutz erhöhen. Im ersten Jahrzehnt dieses
Jahrhunderts ist
1435 die Zahl von Todesfällen aufgrund von Herzkrankheiten während der Hitzewellen
deutlich
1436 angestiegen. Besonders betroffen sind Säuglinge, Kleinkinder und ältere
Menschen. Das
1437 Bundesgesundheitsministerium rechnet bis zum Ende des Jahrhunderts mit einer
um den
1438 Faktor drei bis fünf erhöhten Todesrate durch Hitzewellen. Hinzu kommen
Folgeprobleme
1439 wie eine massive Zunahme von Allergien, da sich etwa die Pollenflugsaison in
den
1440 vergangenen 30 Jahren bereits um zehn bis zwölf Tage verlängert hat. Für
Warnsysteme,
1441 bessere Behandlungsmöglichkeiten von klimabedingten Krankheiten sowie Hitze-
1442 Aktionspläne muss Geld bereitgestellt werden. Die Aktionspläne sollten eine
1443 koordinierte Kommunikation von Tipps und Verhaltensweisen für die Bevölkerung
bei
1444 Extremwetterereignissen beinhalten. Über eine bundesweite
Beratungstelefonnummer

- 1445 sollen Informationen zur Vermeidung hitzebedingter Gesundheitsschäden
1446 abgerufen werden
können.
- 1447 • Wir wollen einen bundesweiten Hitzeaktionsplan verabschieden. Damit schützen
1448 wir die
Bevölkerung vor hitzebedingten Gesundheitsschäden.
- 1449 • Wir wollen die Landwirtschaft anpassen und die Forschung für robuste
1450 Anbausysteme
intensivieren, damit Landwirt*innen die Herausforderungen der Klimakrise
1451 meistern
können. Entschädigungen sowie Förderprogramme für technische Lösungen
1452 bekämpfen nur
die Symptome, sparen aber die erforderlichen Änderungen im System sowohl auf
dem Acker
1453 als auch in der Tierhaltung aus. Vielfältige Fruchtfolgen, angepasste Sorten und
1454 humusreiche Böden können Trockenstress und Klimawandel besser trotzen als
1455 Monokulturen. Alternative Forschung und Anbaumethoden müssen deutlich
stärker
1456 gefördert werden.
- 1457 • Wir wollen gesunde Böden fördern: Viele Regionen werden in den nächsten
1458 Jahren mit
Trockenheit zu kämpfen haben. Umso wichtiger, dass der Boden gesund und
geschützt ist
1459 – mit genügend Humus, um ausreichend Wasser zu speichern. Wir werden den
Humuserhalt
1460 und -aufbau von Böden durch Umwandlung ungeeigneter Äcker in Grünland
sowie die
1461 Ausweitung agrarökologischer Methoden wie Agroforstsysteme, Mischkulturen,
weite
1462 Fruchtfolgen und eine ganzjährige Bodenbedeckung fördern.
- 1463 • Wir wollen Flächen entsiegeln. Versiegelte Flächen heizen die Umgebung nicht
1464 nur
unnötig auf, sondern können auch kein Regenwasser aufnehmen. Letzteres führt
zu
1465 Überschwemmungen. Deshalb braucht es ein Programm zur Wiederherstellung
geschädigter
1466 und versiegelter Böden in ihre natürliche Funktion als CO₂- und Wasserspeicher.
- 1467 • Bäume stellen Kohlenstoffsinken dar. Deshalb sind Agroforstsysteme
1468 unabdingbar für
eine klimagerechte Landwirtschaft. Auch wollen wir den Baumstand
(Vorratsfestmeter) im
1469 Wald erhöhen und durch Begrünung städtischer Umgebungen und entlang von
Verkehrswegen
1470 steigern.
- 1471 • Wir wollen Wälder vor Bränden schützen. Ganz besonders wichtig ist
1472 Waldbrandprävention. Dazu gehören Vorsorgemaßnahmen wie Schutzstreifen

1473 und
1474 Waldbrandriegel sowie den nachhaltigen Umbau der Wälder insbesondere nach
1475 Sturmschäden
1476 von Monokultur-Nadelwäldern hin zu artenreichen Mischwäldern. Diese sind
1477 weniger
1478 brandgefährdet und zudem ein Gewinn für die Artenvielfalt. Darüberhinaus ist
1479 eine
1480 Waldbrandstrategie gefordert. Für den Fall großer Waldbrände braucht es
1481 bundesländerübergreifende Katastrophenpläne, ausreichende Spezialisten und
1482 eine gute
1483 Ausrüstung zum Beispiel mit Löschflugzeugen.

1479 • Wir wollen vor Hochwasser schützen. Hochwasserschutz ist mehr als Deiche
1480 bauen. Mit
1481 Blick auf die mittlerweile alle paar Jahre hereinbrechenden
1482 Jahrhunderthochwasser ist
1483 eine prioritäre Finanzierung des ökologischen Hochwasserschutzes überfällig.
1484 Dazu
1485 gehört, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben sowie eine Reaktivierung von
1486 Auen
1487 entlang von Flüssen. Auch braucht es Hochwasserkonzepte für Städte, die
1488 aufgrund ihrer
1489 massiven Versiegelung nicht für extreme Niederschläge gerüstet sind.

1485 **11. Klimaschutz kennt keine Grenzen**

1486 Auch wenn sich dieser Maßnahmenplan vor allem auf die national notwendigen
1487 Anstrengungen
1488 konzentriert, so ist doch völlig klar: Unser Beitrag zum Paris Abkommen ist europäisch
1489 und
1490 muss global gedacht werden. Wir möchten die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020
1491 dafür zu
1492 nutzen, innerhalb der EU und im Kontext der G20 auf eine Ambitionssteigerung und
1493 beschleunigte Umsetzung der Beiträge zum Paris Abkommen hinzuwirken. Deshalb
1494 wollen wir
1495 konsequenten Klimaschutz im eigenen Land umsetzen und gleichzeitig Klimaschutz in
1496 anderen
1497 Teilen der Welt unterstützen. Deshalb machen wir den Klimaschutz, den Ausbau
1498 erneuerbarer
1499 Energien und die Anpassung an Folgen des Klimawandels zu einem Schwerpunkt der
1500 Außen-,
1501 Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik und wollen den Aufbau eines
1502 internationalen
1503 Finanzierungsmechanismus für klimabezogene Schäden und Verluste unterstützen, der
1504 durch die
1505 Verursacher finanziert wird
1506
1507 Von der Klimakrise betroffen sind weltweit zuerst jene, die die Klimakrise nicht
1508 verursacht
1509 haben und sich am wenigsten vor den Auswirkungen schützen können: Menschen,
1510 besonders
1511 Frauen, in den Ländern des Globalen Südens. Wir unterstützen die ärmsten Staaten

- beim
1500 Klimaschutz und bei der Anpassung an Klimaveränderungen. Insbesondere mit
Schwellen- und
1501 Entwicklungsländern bauen wir Klimapartnerschaften auf und verstärken die
klimapolitische
1502 Zusammenarbeit.
- 1503 Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern,
die
1504 besonders von der Klimakrise betroffen sind, solidarische und koordinierte Hilfe der
1505 Staatengemeinschaft erhalten. Dafür fördern wir systematisch Klimarisikoanalysen und
ein
1506 Klimarisikomanagement. Ansätze auf internationaler Ebene müssen die Umsetzung
der
1507 Menschenrechte, etwa der Rechte auf Nahrung, Wasser oder Gesundheit, befördern
und die
1508 Bevölkerung vor Ort miteinbeziehen. Lokal Betroffenen muss die notwendige
Umsiedlung in
1509 Würde garantiert werden, Menschen, die ihre Heimat aufgrund der Klimakrise
verlassen,
1510 brauchen internationalen Schutz.
- 1511 • Wir werden uns in den internationalen Klimaverhandlungen dafür einsetzen, das
Pariser
1512 Klimaabkommen zu einem internationalen Regime weiterzuentwickeln, das von
den Staaten
1513 möglichst verbindliche Ziele einfordert, Vergleichbarkeit und Transparenz der
1514 Zieleinhaltung sicherstellt und die Nichteinhaltung sanktioniert. Dies soll zuerst
auf
1515 EU-Ebene passieren.
- 1516 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass internationale Klimaverhandlungen durch
eine
1517 bessere Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gerade aus dem
Globalen
1518 Süden transparenter und partizipativer durchgeführt werden. Vor allem muss die
1519 Beteiligung von Frauen an Verhandlungen ausgebaut werden.
- 1520 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass die im Rahmen des Pariser
Klimaabkommens
1521 anstehenden regelmäßigen fünfjährigen Überprüfungen („global stocktakes“)
der
1522 nationalen Klimaschutzbeiträge (NDCs) tatsächlich dazu führen, dass die
Klimaziele
1523 aller Staaten angemessen erhöht werden. Dafür muss sich der
Überprüfungsprozess am
1524 aktuellen Stand der Wissenschaft zur Begrenzung der Erderhitzung auf deutlich
unter
1525 zwei Grad, möglichst 1,5 Grad und an Kriterien der globalen Klimagerechtigkeit
1526 orientieren. Damit die erste Runde der Zielerhöhung funktioniert, ist es
entscheidend,
1527 dass Deutschland sich dafür einsetzt, dass die EU ihr unzureichendes 2030-Ziel

- von
1528 derzeit minus 40 auf minus 65 Prozent Emissionsreduktion erhöht und
fristgerecht 2020
1529 bei der UN einreicht. Gleichzeitig werden wir die Unterstützung von Ländern für
die
1530 Umsetzung und Verbesserung von NDCs in Foren wie der NDC-Partnerschaft
deutlich
1531 ausbauen.
- 1532 • Die Industrieländer haben zugesagt, die Entwicklungsländer ab 2020 mit jährlich
100
1533 Milliarden US-Dollar bei Klimaschutz und Anpassung an die Folgen der Klimakrise
zu
1534 unterstützen; der gerechte Anteil Deutschlands daran wären etwa zehn Milliarden
1535 Dollar. Doch wir wissen bereits heute, dass diese Summen nicht reichen werden.
Wir
1536 werden uns daher dafür einsetzen, dass Deutschland in einem ersten Schritt
jährlich
1537 zehn Milliarden Euro aus öffentlichen Mitteln für internationale Klimafinanzierung
1538 bereitstellt, mit denen dann auch weitere private Mittel mobilisiert werden
können.
1539 Zusätzlich soll Deutschland auch seine Zahlungen erhöhen, um die anderen
nachhaltigen
1540 Entwicklungsziele zu erreichen.
 - 1541 • Die Koalition der Finanzminister*innen für Klimaschutz soll bis Mitte 2020 ein
1542 ambitioniertes Programm für die Ausrichtung der globalen Finanzströme an den
Zielen
1543 des Pariser Klimaabkommens vorlegen. Wir setzen uns dafür ein, dass
Deutschland in
1544 dieser Koalition eine Führungsrolle einnimmt und die beschlossenen Maßnahmen
auch im
1545 Kontext der G20 konsequent vertritt. Das heißt mit gutem Beispiel voran zu
schreiten,
1546 und sofort konkrete Schritte einzuleiten, alle klimaschädlichen Subventionen
abzubauen
1547 und alle klimabedingten Geschäftsrisiken konsequent offen zu legen.
 - 1548 • Deutschland sollte die strategische Klima-Allianz mit den 48 von der Klimakrise
1549 besonders betroffenen Entwicklungsländern, die sich zu 100 Prozent
erneuerbaren
1550 Energien und Netto-Nullemissionen verpflichtet haben, ausbauen, damit sie diese
Ziele
1551 sobald wie möglich erreichen.
 - 1552 • Internationale Allianzen der Regionen, wie zum Beispiel die „Under2Coalition“,
werden
1553 wir stärken und ausbauen, um auch in jenen Staaten den Klimaschutz
voranzubringen, die
1554 derzeit Schlusslicht in der internationalen Klimapolitik sind. Dadurch stärken wir
1555 auch die Zusammenarbeit mit subnationalen Akteuren in allen Ländern und

- 1556 halten die Tür
1557 für Länder wie die USA offen, wenn sie sich zur Rückkehr zum Pariser Abkommen
entscheiden.
- 1558 • Wir setzen uns für ressortübergreifende strategische Partnerschaften mit den
1559 großen
Schwellenländern für klimafreundliche Investitionsoffensiven in Mobilität,
1560 Energie,
Digitalisierung, nachhaltige Stadtentwicklung und Schlüsselindustrien wie Stahl
oder
1561 Zement ein.
 - 1562 • Wir werden die Kriterien für die internationale Zusammenarbeit zugunsten
1563 klimaneutraler Investitionen ändern und dafür sorgen, dass jede Art fossiler
1564 Technologie nicht mehr über Exportkredite oder Bürgschaften abgesichert
werden kann,
1565 wenn sie nicht im Einklang mit den Zielen von Paris steht. Dies soll auch für
1566 multilaterale sowie nationale Entwicklungsbanken gelten. Mit Schwellenländern,
1567 insbesondere China, wollen wir an der nachhaltigen Ausrichtung von
1568 Infrastrukturinvestitionen arbeiten. Erfahrungen und Techniken für die schnellere
1569 Dekarbonisierung wollen wir mit den Vorreitern unter den Industrienationen
1570 austauschen.
 - 1571 • Wir müssen uns in Europa und global dafür einsetzen, dass Klima-Aktivist*innen,
1572 zivilgesellschaftliche Organisationen und Umweltwissenschaftler*innen nicht
1573 kriminalisiert und bedroht werden.
 - 1574 • Für das Jahr 2050 werden 100 bis 150 Millionen Menschen auf der Flucht
1575 prognostiziert
– allein aufgrund der Klimakrise, wenn sie ungebremst fortschreitet. Wir müssen
1576 unsere
humanitäre Hilfe massiv erhöhen, uns auf Katastrophen bedingt durch die
Klimakrise
1577 einrichten und uns intensiver mit dem Recht auf Klimaflucht auseinandersetzen.
Wir
1578 unterstützen Entwicklungsländer im Rahmen der Agenda 2030 dabei, der
Klimakrise
1579 entgegenzuwirken, damit die Menschen ihre Lebensgrundlagen nicht verlieren.
Und wir
1580 helfen ihnen dabei, nötige Umsiedlungen durch Klimakatastrophen bewältigen zu
können.

1581 [\[1\]](#) Laurent Fabius, Chefverhandler der Klimakonferenz in Paris und damaliger
französischer
1582 Außenminister

1583 [\[2\]](#) Im weiteren Text verkürzt als CO₂.

1584 [\[3\]https://www.scientists4future.org/stellungnahme/fakten/](https://www.scientists4future.org/stellungnahme/fakten/)

1585 [\[4\]https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/
2016_2020/2019_09_Brie-
1586 f_Klimakabinett.pdf?__blob=publicationFile&v=5](https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2016_2020/2019_09_Brief_Klimakabinett.pdf?__blob=publicationFile&v=5)

1587 [\[5\]](#) Annahme: Bei einem Temperaturanstieg von maximal 1,75° C und einer
Wahrscheinlichkeit
1588 der Zielerreichung von 67 Prozent; mit einer Wahrscheinlichkeit von 40 Prozent sogar
1,5° C
1589 Erderhitzung.